

# Weißeritz-Zeitung

## Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Weltliche Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Dienstags bis 12 Uhr ohne Anträge. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Herausgeber: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverband-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsbaupräsidenten, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die kostengünstige Werbung  
am einfachsten der Mindestbauprämie 3 Pf. im öffentlichen Zeitungsausschuss (siehe 200 Pf. — Einzelanzahl nach Rechnung 200 Pf.)

Verantwortlicher Redakteur: Paul Lehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 221

Mittwoch den 21. September 1921

87. Jahrgang

Das im Grundbuch für Dippoldiswalde Blatt 46 auf den Namen der verstorbenen Anna Marie verehel. Salzer verm. gew. Schulze geb. Giebe eingetragene Grundstück soll am 11 November 1921 vormittags 9 Uhr an der Gerichtsstelle zum Zwecke der Aushebung der Erbgemeinschaft im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 4,8 Ar groß und auf 26 000 M. — Pf. ge- schätzt. Es ist in Dippoldiswalde am Markt Nr. 46 gelegen, besteht aus Wohngebäude mit Keller, 2 Anbauten, Stallgebäude, Hinterwohngebäude mit Pferdestall, einem zum Teil auf dem Flurbuch Nr. 37 — Blatt 835 des Grundbuchs — errichteten Regelhausgebäudes und ist mit 195,39 Steuereinheiten belegt. Die Brandklasse beträgt nach Artgeschätzung 18 820 M.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachschreibungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 11. August 1921 verlaubten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von

Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, während falls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Versteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprache des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgeht werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Antrags die Aushebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, während falls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Dippoldiswalde, den 14. September 1921. Ja 3/21. 2. Das Amtsgericht

Donnerstag den 22. September d. J. vorm 10 Uhr sollen im Gasthof „zum Jägerhaus“ in Naundorf folgende Gegenstände als: 18 Wurstbüsten, 21 Fensterbürsten, 15 Dutz versch. Maier-Pinsel sowie ein Posten Bürstenwaren versch. Art öffentlich gegen Barzahlung versteigert werden.

Dippoldiswalde, den 20. September 1921.

Q 268/21. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

### Die Versorgung der Kriegsopfer

Den Hauptversorgungsdämmtern und Versorgungsdämmern liegt die Durchführung der Versorgung der früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes vom 12. Mai 1920 und der älteren Versorgungsgesetze im Verwaltungsverfahren ob. Die Hauptversorgungsdämmter und die jüngst noch bestehenden Marinaversorgungsdämmter Kiel und Wilhelmshaven sind dem Reichsministerium unmittelbar, die Versorgungsdämmter den betreffenden Hauptversorgungsdämmtern unterstellt.

Hauptversorgungsdämmter befinden sich in folgenden Orten: Berlin (Hauptversorgungsdämmter Berlin und der Provinz Brandenburg), Königsberg i. Pr., Stettin, Magdeburg, Clegny, Dresden, Münster, Koblenz, Altona, Hannover, Kassel, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Gera, Dessau, Danzig, Frankfurt a. M., Leipzig, Allenstein, Saarbrücken, München, Würzburg und Nürnberg.

Zum Bereich des Hauptversorgungsdämmtes Dresden gehören die Versorgungsdämmter Bautzen, Dresden, Görlitz, Freiberg, Großenhain, Löbau, Meißen, Pirna und Zittau.

Die Hauptversorgungsdämmter sind jüngst noch zuständig für die Entscheidung in allen Angelegenheiten der Kapitalabfindung für die Umanerkennung der Bevölkerung der Kriegsbeschädigten mit der sich aus nachfolgendem Absatz ergebenden Einschränkung sowie für die Umanerkennung der Hinterbliebenenbezüge nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920, für die erstmalige Feststellung von Hinterbliebenenbezüken, die sich auf einen vor dem 1. April 1920 eingetretenden Todesfall stützen, und für die Berufungs- und Rekursangelegenheiten. Für die Bearbeitung und Entscheidung aller übrigen Versorgungsangelegenheiten sind die Versorgungsdämmter zuständig.

Zur Beleidigung der Umanerkennung der Versorgungsdämmter der Beschädigten ist vom Reichsministerium unter 5. August 1921 angeordnet worden, daß die Arbeiten allmählich, spätestens aber bis 1. Januar 1922 auf die Versorgungsdämmter überzuleiten sind.

Versorgung auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes und der früheren Gesetze wird nur auf Antrag gewährt. Für die Umanerkennung, die von Amts wegen erfolgt, bedarf es eines Antrages nicht. Die Anträge sind schriftlich zu stellen oder mündlich zu Protokoll bei dem örtlichen zuständigen Versorgungsdämmter zu geben, auch wenn für die Entscheidung das Hauptversorgungsdämmter zuständig ist.

Am 1. September 1921 ist die bisher den Pensionstrengungsbehörden obliegende Anweisung uts. der zahlbaren Militärpersonen und Versorgungsbürokratie auf die Versteigerungsbehörden übergegangen. Die Anweisung uts. erfolgt nun bei den nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 und nach dem Altrentenregele vom 18. Juli 1921 bemühten Bevölkerung durch die Versorgungsdämmter und bei den nach den übrigen Militärversorgungsgesetzen bewilligten Gebühren durch die Hauptversorgungsdämmter. In der Abhebung der Gebühren bei den zahlbaren Kosten tritt hierdurch keine Änderung ein. Über die neuen Anschriften der bisherigen Pensionstrengungsbehörden gibt jede Versorgungsbürokratie amtlichen Hauptversorgungsstellen oder Büroschaltern auf Wunsch bereitwillig Auskunft. Bis zum Bekanntwerden der neuen Anschriften können Schreiben an ehemalige Pensionstrengungsbehörden auch unter ihrer, dem Versorgungsbürokratie bekannten bisherigen Anschrift abgefandt werden.

### Verständliches Sächsisches

— Die 5. Klasse der 179. Sächs. Landeslotterie wird vom 5. bis 29. Oktober gezogen.

— Am morgigen Mittwoch werden die Stern-Lichtspiele wieder eine Vorstellung veranstalten. Auf dem Programm stehen Henry Porksen in einem Lustspiel und Lotte Neumann in einem Schauspiel.

— Das Rauchverbot in der Eisenbahn. Die Rauchabteile sind sämtlich durch Beschilderung kenntlich gemacht und ohne besondere Mühe aufzufinden. Unbedingt verboten ist das Rauchen in den Nichtraucher- und Frauenabteilen, sowie in den Gängen der, wenn auch nur zum Teil, für Nichtraucher bestimmten Durchgangswagen in den D-Zügen. Übertretungen dieser Bestimmungen werden jetzt ohne Anschlag der Person schärfer als bisher verfolgt und ziehen empfindliche Bahnpolizeistrafen nach sich, wenn nicht sogar bei Feststellung absichtlicher Verstöße gegen das Rauchverbot Ausschluß von der Weiterfahrt erfolgt. Wer sich vor Schaden bewahren will, beachte also die bekannten Bestimmungen, und wir werden auf unseren deutschen Eisenbahnen

im Reiseverkehr bald wieder die mustergültige Ordnung wie ehedem haben.

— Infolge der nach dem Gesetz vom 18. März 1921 vorzunehmenden Zurückführung aller nach dem 31. Dezember 1916 im ordentlichen Verfahren erfolgten Schätzungen auf die Friedensbaupreise von 1914 ist eine Feststellung der Hebeleisten der Gebäudeversicherungs-Abteilung bis zum diesjährigen Oktobertermin nicht möglich. Die Brandversicherungskammer hat daher beschlossen, für die Gebäudeversicherungs-Abteilung diesen Termin ausnahmsweise auf den 1. Nov. d. J. zu verschieben. Dagegen werden für die Mobiliar-Versicherungs-Abteilung die Versicherungsbeiträge am 1. Okt. d. J. erhoben.

— Infolge des Überganges der wesentlichen Steuerquellen vom Staat und Gemeinden an das Reich befinden sich zahlreiche Gemeinden, besonders in Sachsen, in starker finanzieller Bedrängnis. So wurde kürzlich aus Buchholz gemeldet, daß die dortige Stadtverwaltung nicht mehr so viel Gelder hatte, daß sie die fälligen Gehälter bestreiten konnte und daß sie sich deshalb mit einem Rotschrei an die Regierung wenden mußte. Über die Ursachen dieser Finanznot wird dem Sachsischen Zeitungsdienst von zuständiger amtlicher Stelle berichtet: Aus den Erträgen der Reichseinkommensteuer sollen bekanntlich Staat und Gemeinden je ein Drittel Anteil zurückgestattet erhalten. Ebenso hat das Reich an die Länder und Gemeinden einen Anteil zu den Aufwendungen für die Erwerbslosenfürsorge zurückzuerstatten. In beiden Punkten hat Sachsen andauernd darüber zu klagen, da die Überweisungen der Anteile durch das Reich nicht in dem wünschenswerten Tempo erfolgen. Sobald Überweisungen vom Reich in Sachsen eingehen, werden sie unverzüglich an die Gemeinden weitergeleitet. Die Wurzel des Übels liegt darin, daß durch die Erzbergerische Finanzreform den mit der Einzahlung betrauten Stellen zahlreiche neue Aufgaben aufgebrochen sind, ohne daß der Beamtenkörper entsprechend ausgebaut worden ist. Die einzelnen Stellen sind mit Arbeiten überfordert. Eine Folge ist z. B. daß die Veranlagung zur Einkommensteuer 1920 erst zum Frühjahr 1922 fertig sein wird. Die Verzögerung muß natürlich zu großen Steuerausfällen führen, unter denen hauptsächlich das Land und die Gemeinden zu leiden haben werden.

— Drachen! Nun geht allenhalben wieder der Wind über die Stoppeln. Es ist deshalb an der Zeit, daran zu erinnern, daß das Steinigenlassen von Drachen in der Nähe der elektrischen Hochspannung untersagt ist. Alle Eltern werden gut tun, ihre Kinder und Pfleglinge zu warnen, da durch Berühren der Drähte durch die Fäden der Drachen das Leben der Kinder gefährdet werden kann.

— Schmiedeberg. Mit einem gut besuchten Konzertabend trat am Sonntag der Schüler-Chor wieder an die Öffentlichkeit. Mit geschickter Hand hatte der Leiter des Chores, Herr Kantor Große, ein Programm zusammengestellt, das den Konzertbesuchern wirklich genügsame Stunden darbot. Treifliche Chöre wechselten ab mit Einzelvorfragen, für die sich besonders Fräulein Johanna Machner, sowie die Herren Lehrer Möldner und Söhlde verdient machen. Aber auch die auf Humor gestimmten Seelen fanden Befriedigung in einigen Erzgebirgsliedern zur Laute. Eine mustergültige Chordisziplin des Herrn Kantor Große führte zu dem Erfolge des Abends. Reicher Beifall lohnte die Darbietungen. Der etwaige Reinertrag des Konzerts soll der Notenkasse des Vereins zufliessen.

— Tagesordnung für die öffentliche Schulvorstandssitzung zu Schmiedeberg Freitag den 23. September 1921 abends 7 Uhr in der Schule: 1. Mitteilungen, 2. Schulversäumnisanzeigen, 3. Eingabe des Vereins für Nationalsternographie, Entscheidung für Überlassung eines Schulummers betr., 4. Wahl eines Fachlehrers für die Knaben-

fortbildungsschule an Stelle des Herrn Oberingenieur Haupt, 5. Ergänzungswahl für den Fortbildungsschulrat, 6. Angebot auf Söhne, 7. Beauftragung über die neuauftreffende Ortschulordnung, 8. Haushaltplan auf 1921/22. — Hier nach nichtöffentliche Sitzung.

Reichstädt, 20. September. Heute vor 73 Jahren, zum Erntefeste, hatte unsere Kirche seit 31 Jahren zum ersten Male wieder ein ordentliches Geläut. Seit 1815 hatte die 1712 hier eingeführte große Glocke einen Sprung und dadurch einen schlechten Klang. Diese und die kleine Glocke ließ man umgießen. Über 300 Taler waren dazu gesammelt worden. Am 6. September wurden die alten Glocken hier abgeholt, am 12. in Dresden umgegossen und am 17. kamen die neuen hier an, feierlich bereits in Possendorf durch die Einwohner in Empfang genommen. In den letzten Kriegsjahren mußten diese Glocken dem Vaterland zum Opfer gebracht werden und ein drittes Geläut rüstet jetzt die Bewohner unseres Ortes zur Kirche und kündet ihnen die Zeit.

Frauenstein. Der Dippoldiswalder Kreisverein für Innere Mission, der die Gemeinden des engeren Dippoldiswalder und Frauensteiner Kreises umfaßt, wird seine Jahresfeier diesesmal im heisigen Bezirk abhalten, und zwar am Sonntag den 25. d. M. in Dittersbach. Der Gottesdienst, in dem Sup. Michael aus Dippoldiswalde predigen wird, findet vormittags 9 Uhr statt. Kindergottesdienst, von demselben gehalten, schließt sich 1/2 11 Uhr an. Nachmittags 1/4 4 Uhr ist Hauptversammlung im Gasthof zu Dittersbach, die reicher ausgestaltet sein wird, als es sonst Hauptversammlungen zu sein pflegen. Das Geschäftliche wird nur kurze Zeit in Anspruch nehmen; dafür sollen die Anwesenden umso mehr in Wesen und Arbeit der Inneren Mission eingeführt werden. Pfarrer Vieweg aus Burkendorf wird einen Überblick über das weitverzweigte Gebiet der Inneren Mission geben und Sup. Michael, der seinerzeit Amtsträger im Diakonissenhaus und dem Frauenheim zu Borsberg bei Leipzig war, wird aus seiner dortigen Arbeit vom Dienste rettender Liebe erzählen.

Görlitz. Das für den 25. September vom W.V.G. (Wintersport-Verein Görlitz) angesehene Wettkämpfen über ca. 12 Kilometer muß in leichter Stunde abgesagt werden. Dafür hält der Verein am 2. Oktober nochmals einen Dauerlauf über ca. 12 Kilometer ab Start und Ziel in Görlitz.

Kreischa. Für die am 9. Oktober d. J. stattfindenden Gemeinderatswahlen sind drei Wahlvorschläge beim Wahlkommissar eingegangen, beginnend mit den Namen Liste 1: Arthur Goldammer, Liste 2: Paul Freymark, Lagerhalter, Liste 3: Heinrich König, Tabakarbeiter. Liste 2 und 3 sind miteinander verbunden.

Possendorf. Die Freiwillige Feuerwehr zu Possendorf feierte am 4. September ihr 45-jähriges Bestehen. Viele Ehrengäste aus nah und fern waren erschienen, der Wehr Glückwünsche auszusprechen und das Fest mit zu feiern. Hauptmann Brühl begrüßte die Gäste und gab dann einen kurzen Rückblick auf die verflossenen Vereinsjahre, dabei dankbar gedenkend der Gründer, vor allem des einzigen Überlebenden, Herrn Robert Legler, Possendorf, welcher 45 lange Jahre und heute noch im weißen Haar für die Freiwillige Feuerwehr wirkt und aktiv tätig ist. Bezirksvertreter Müller-Schmiedeberg beglückwünschte die Wehr namens des Bezirksverbandes und Stadtrat Vogel-Glashütte gedachte des Hauptmanns Brühl als langjährigen Führer der Wehr.

Dresden. Bürgermeister Dr. Mai, der noch am Sonnabend seine 25-jährige Zugehörigkeit zum Dresdner Rat unter allgemeiner Teilnahme feiern konnte, ist am Sonntag abend einem Herzschlag erlegen.

— Bekanntlich hat in den letzten Tagen der Arbeitsminister Jochel eine Verordnung betreffend die außerordent-

Die wichtige Frage des Überstundenwuchens, die gerade in der Gegenwart in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen von allergrößter Bedeutung ist, erlaßt, die in weiten Kreisen des Landes bestreiten erregt hat. Wie der Telunion-Sachsen-dienst erfährt, ist diese Verordnung nach einer Besprechung mit Vertretern der Gewerbeaufsichtsstellen der Gewerkschaften und des Tiefbauherrverbandes unter Ausschluß der Arbeitgebervertreter erlassen worden.

General Reinhardt, der der Landespolizei (der sogenannten grünen Polizei) seit ihrer Errichtung vorsteht, hat aus Gesundheitsrücksichten seine Enklassung und zugleich um seine Beurlaubung nachgefragt. Der erledigte Urlaub wurde ihm bewilligt, ebenso ist sein Enklassungsgebot für den 31. 12. genehmigt worden.

Am Sonnabend nachmittag wurde in einem Gutshaus zu Dresden-Loschwitz ein 19 Jahre alter Schweizer von einem wildgewordenen Ochsen mit den Hörnern aufgeschlagen und zu Boden geworfen, als das Tier angebunden werden sollte. Darauf ist der Ochse, der sich den Nasenring ausgerissen hatte, auf den hilflosen Schweizer losgestürmt und hat ihn gerammt. Der über zugerichtete und innerlich verletzte junge Mann wurde mit Unfallwagen nach dem Krankenhaus Friedrichstadt übergeführt.

Dresden. Im Ausstellungspalast, dessen Gelände noch im Schmuck der Dienstag zuvor geschlossenen Blumenausstellung prahlte, tagten von Sonnabend früh bis Montag nachmittag Sachsen's Gemeindebeamten. Der Hauptversammlung des über 21 000 Mitglieder zählenden Bundes ging am Freitag eine Bundesausstellung voraus. Am nächsten Tage folgten die Hauptversammlungen der Wohlfahrtsseinrichtungen des Bundes, der Kranken-, Mobiliarbrandversicherungs- und Sterbelaiffe, sowie der verschiedenen Fachgruppen. An den Beratungen nahmen über 4500 Bundesmitglieder teil. Die Hauptversammlung am Sonnabend wurde vom ersten Vorsitzenden, Verwaltungsoffizier Böttcher—Dresden, geleitet und namens des Bundesausschusses herzlich begrüßt. Den Gruß der Dresden-sächsischen Gemeindebeamten entboten Oberbaukommissar Dertel, den der Stadt Oberbürgermeister Dr. Blüher, den der Sächsischen Staatsregierung Ministerialdirektor, Geheimrat Schulze—Dresden und den des Deutschen Beamtenbundes Ministerialrat Hallenberger—Berlin. Bürgermeister Dr. Eberle, Vorsitzender der Kredit-Anstalt sächsischer Gemeinden, sprach über die Befolgsungsform. In Mittelpunkte der Beratungen standen die Neuordnung der Gemeindeverfassung, Satzungänderung, Bundesprogramm, Finanzangelegenheiten, Organisationsfragen, Gewährung von je 1000 M. Sterbegeld an Bundesmitglieder und ihre Ehefrauen. Als Ort der nächsthöchsten Hauptversammlung wurde einstimmig Döbeln gewählt, die Stadt, in der im Jahre 1873 der ehemalige Verein sächsischer Gemeindebeamten gegründet wurde und der somit 1922 seine 50. Tagung am Gründungsort abhalten wird. Sonntag veranstalteten die Dresdner Gemeindebeamten für ihre Gäste einen großartigen Begrüßungssabend, bei dem das Dresdner Stadtorchester unter Musikdirektor Feuerlein treffsicher Leitung sowie Kammerjäger Ermold, Opernsänger Lange, die Solotänzerin von der Sächsischen Landesoper Gerzer und der Gesangverein der städtischen Beamten mitwirkten und vorzügliches boten. Die Dresdner Tagung, mit der man eine Ausstellung von Büroeinrichtungsgegenständen, Schreib- und Rechenmaschinen usw. verbunden hatte, war von einem guten Geiste, dem Gefühl der Zusammengehörigkeit, getragen und fand aus in der Treue zur Verfassung. Am heutigen Dienstag ist eine Dampferfahrt nach der Sächsischen Schweiz geplant, bei der Rückfahrt — aber sind Höhenbeleuchtungen in Aussicht genommen.

Leipzig. Offenbar unter dem Druck der Finanznot hat sich der Rat der Stadt entschlossen, den Festsaal des neuen Rathauses zu künstlerischen Darbietungen, die sich auf Geist und sonstige Vorträge beschränken, für 750 M. für den Abend zu vermieten.

Neuhausen. Die Erschließung des Schwarzenberges bei Neuhausen für den Fremdenverkehr soll jetzt von den Erzbergbauvereinen in die Wege geleitet werden. Der Schwarzenberg, 788 Meter hoch, ist leicht bestiegtbar, insbesondere von Heidelbach her, und bietet eine herrliche Rundansicht über das Sächsische Erzgebirge und bis zum Fichtel-, Keil- und Pöhlberg, nach Augustusburg u. a. m., so daß sich seine Besteigung sehr lohnt. Aufwendungen für Schaffung eines Aussichtsgerüstes oder Turmes sind nicht nötig, nur um einen ungehinderten Zugang zu seiner Kuppe handelt es sich zunächst. Das weitere wird die Ende dieses Monats in Beyer stattfindende Hauptversammlung des Erzbergbauvereins zu beschließen haben.

Schwarzenberg. Die Miete wird wieder teurer! Vom Bezirksverband der Hausbesitzervereine in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg wird gefordert: Durch die fortwährende Geldentwertung und die dadurch bedingte dauernde Steigerung der Unterhaltskosten und der teilweise Erhöhung des Hypothekenzinssatzes, des Wassergeldes, der Grundsteuer und der Brandkasse sieht sich der Bezirksverband der Hausbesitzervereine in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg gezwungen, ab 1. Januar 1922 die Miete im ganzen Bezirk so zu berechnen, daß die Ausgaben vollständig gedeckt werden. Eine nicht unwesentliche Steigerung wird dadurch entstehen müssen.

Kirchberg. Das hiesige zweite Ernährungsamt schlägt seine Endrechnung einschließlich der Gehälter mit einem Gesamtverlust von über 137 000 M. ab. Die Stadtverordneten haben erneut dem Rate das Gesuch des Gewerkschaftskartells auf Verständigung des Bevölkerungswesens, das dieser wegen der etwa 60 000 M. befragenden, ungedeckten Kosten abgelehnt hatte, überwiesen. Ferner genehmigten sie die Gewerbesteuer und die Wohnungslagussteuer und traten dem Beschlusse des Schulausschusses auf Gründung eines Real Schulverbandes, welcher die Kosten einer auf der hiesigen Selektia ausgebauten Realschule tragen soll bei. Für diesen Zweck sind von Fabrikanten und Kaufleuten bereits 110 000 Mark gezeichnet worden.

Gräuna. Die Mehrheit des linksgerichteten Gemeinderates bewilligte 5000 M. für die russischen Arbeiter.

Röthenbach-R. Zwei Bismarckratten mit 4 Jungen erlegte

Gutsbesitzer Liebing in Röthenbach in seinem Teich. Die zwei Tiere haben eine Länge von 34 bzw. 36 cm.

Schneeberg. Die städtischen Ämterverwaltungen haben beschlossen, dem Bezirksverband zum Bau der Talsperre Aue-Niederschlema—Stein 6200 qm Waldareal kostenlos abzutreten. Da bei diesem Straßenbau und bei dem Bau der Gasleitung Aue—Löbnitz 50 Erwerbslose aus Schneeberg beschäftigt werden können, beträgt die Zahl der Erwerbslosen nur noch 8.

Geyer. Der Fehlbetrag des Haushaltplans hat sich von 619 810 M. auf 668 810 M. erhöht. Zur Deckung soll u. a. zu Holzschlägen geschriften werden. 700 000 M. Schulden für den Rathausbau sind aus dem laufenden Fehlbetrag ausgeschieden worden.

Stollberg. Der sozialdemokratische Schuldirektor Lösch wurde zum Stadtschulrat in Magdeburg gewählt.

Limbach. Die städtischen Kollegien berieten den städtischen Haushaltplan. Das im Druck vorliegende Rechnungswerk schlägt mit einem Fehlbetrag von nahezu 1 Million M. ab, für den eine Deckung nicht vorhanden ist.

Auerbach i. V. Der hiesige Amtsgerichts-Nebenbau soll bestimmt im Frühjahr 1922 begonnen werden.

An Stelle der jetzt im Verkehr befindlichen, zum Teil unbrauchbar gewordenen Kleingeldscheine gelangen vom Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Auerbach auf kurze Zeit noch neue Notgeldscheine im Werthe von 50 und 75 Pf. zur Ausgabe.

Plauen i. V. In Sachen des Streiks bei der Firma Hermann Lang hat das Landgericht Plauen auf Antrag der Firma die einstweilige Verfügung erlassen, daß es gegen Androhung einer Geldstrafe bis zu 1500 M. oder einer Haftstrafe bis zu 6 Monaten für jeden Fall der Zuwidderhandlung verboten ist, durch Streikposten oder in anderer Weise gewaltsam oder durch Drohungen und Beschimpfungen Arbeitswillige an der Arbeitsaufnahme zu verhindern. Ebenso ist es verboten, die Zufuhr und Abschuß von Waren nach und von dem Betriebe der Antragstellerin mittels Gewalt oder Drohungen zu verhindern.

Schniby erhöhte die Krankenhausverpflegung auf 50 M. in Klasse 1 (Einzelzimmer), 35 M. in Klasse 2 (Kinder 25 M.), 20 M. in Klasse 3 (Kinder 14 M.) und auf 60, 45 und 25 M. für Auswärtige.

Neustadt (So.). "Wenn du noch eine Mutter hast . . ." Wer kennt nicht dieses schöne, tief zu Herzen gehende Lied? Nur ganz wenige aber werden wissen, daß als Verfasser dieses Gedichtes ein Lehrer aus Neustadt namens Friedrich Wilhelm Kaulisch in Frage kommt. Am 15. September waren gerade 40 Jahre seit dem Tode dieses Mannes verflossen. Mitten im Winter wollte Lehrer Kaulisch von einem Nachbarorte zu seiner Mutter zurückkehren. Nochzeitig hatte er den Heimweg angetreten; er geriet aber in ein derartiges Schneewetter, daß er aus einer Schneewehe in die andere versank. Als er endlich in der Nacht nach langem Umherirren ganz ermattet das Haus seiner Mutter erreichte, sah er durch das Fenster der erleuchteten Stube die Mutter bittend am Tische sitzen. Dieser Anblick prägte sich tief in das Gemüth des glücklich Heimgekehrten ein und gab ihm Veranlassung, seine innigen Gefühle in dem genannten Gedichte zum Ausdruck zu bringen.

Bautzen. Die zwangsläufige Weiterleitung von Steuern hat im hiesigen Bezirke einen beträchtlichen Umfang angenommen. Wie verlautet, plant das hiesige Finanzamt mit Rücksicht auf die gestiegene Notwendigkeit einer zwangsläufigen Weiterleitung der Steuern die Anstellung eines eigenen Vollstreckungsbeamten.

## Frankreichs schwarze Heeresreform.

Wer noch immer nicht an die imperialistische Tendenz der französischen auswärtigen Politik glauben will, der muß sich die Gesetzentwürfe über die französische Heeresreform ansehen, die der Kriegsminister dem Parlament vorgelegt hat. Was der Deutschenlichkeit darüber bisher an Material zugegangen ist, wider spricht sich vielleich. Über als Leitgedanken kann man entnehmen, daß für den französischen Generalstab in den nächsten 15 Jahren der Rhein die militärische Grenze Frankreichs ist, selbst wenn die Brüderlichkeit Köln und Koblenz nach 5 bzw. 10 Jahren entsprechend den Bestimmungen des Friedensdiktates geräumt seien. Überblicksgedanken enthalten die Gesetzentwürfe nicht. Utopien jagt eben der französische Kriegsminister nicht nach.

Wär wird die Dienstzeit der weißen Franzosen auf 1½ Jahre herabgesetzt, dafür aber die Reserveweisheit bis zum 40. Jahre und die Landwehrpflicht bis zum 50. Jahr erweitert, während vor dem Kriege bei dreijähriger aktiver Dienstzeit die Reserveweisheit nur bis zum 34. Jahre, die Landwehr- und Landsturmpflicht bis zum 48. Jahre reichte.

Bemerkenswert ist das Verhältnis der weißen zu den schwarzen Truppen. Im allgemeinen hat jede weiße Division ein farbiges Regiment. Daneben gibt es noch farbige Divisionen, die auch in Frankreich Dienst tun sollen. Im Jahre 1923 soll gegenüber 1914 die Zahl der Offiziere um ein Fünftel, und die Zahl der weißen Truppen um die Hälfte herabgesetzt, dagegen die Zahl der Braunen aus Nordafrika verdoppelt und die Zahl der Schwarzen und Gelben verzehnfacht werden. Schwarze Truppen sollen am Rhein, jedoch mit hohem Etat in Elsaß-Lothringen und an der deutsch-französischen Grenze stehen.

Die Vermehrung des farbigen Elementes im französischen Heere löst Fragen militärischer, völkischer und politischer Natur aus. Die Benutzung farbiger Truppen zu Besatzungszwecken entspringt nicht allein dem Wunsch, den unterlegenen Gegner noch zu demütigen. Sie wird vor allem dictiert von dem großen Männermangel in Frankreich. Täglichkeit und Unschön des französischen Heeres werden unzweckhaft unter der schwarzen Belastung leiden. Deswegen darf es aber nicht unterschätzt werden. Mit dem Fortwachsen der vom Krieg nicht berührten Jahrgänge wird das weiße Element wieder zunehmen.

Schwerer fällt die dauernde Verschärfung der wenigen mit der sachlichen Bevölkerung und die damit verbundene Rassenschädigung ins Gewicht. Rassenschämme drohten damit auch unsere besetzten Gebiete und unsere Volksgenossen in Elsaß-Lothringen. Ob das französische Volk diese Belastungsprobe aushalten wird, ist zweifelhaft. Es wird die Kraft zur Ablehnung der Belastung jenes Unschönen und seiner Kultur nicht ausbringen. Angst und Hass machen den Instinkt tot. Doch es gibt ein Forum, vor dem Frankreich nicht bestehen wird. Die europäische weiße Kulturgemeinschaft bezeichnet schon jetzt den farbigen Einfluß als Verbrennen an Europa. Durch die schwarze Heeresreform wird der Wertmesser Frankreichs um noch einige Grade sinken. Der „Glorie-Glanz“ wird geschwärzt durch die Schwarzen. Prestigeverlust ist die unvermeidliche Folge und den kann Frankreichs auswärtige Politik in heutiger Zeit am wenigsten vertragen.

## Reichsregierung und Bayern.

Der Reichskanzler gegen den bayerischen Sozialminister.

Das Verhältnis zwischen Reich und Bayern gestaltet sich bedauerlicherweise von Tag zu Tag unerträglicher. In einer Protestversammlung der Bayerischen Volkspartei in München hatte der Sozialminister Oswald in scharfer Weise die Reichsregierung und den Reichskanzler in öffentlicher Rede angegriffen. Der Minister sprach u. a. davon, daß der „Berliner Wagen“ sich bereits nach dem bayerischen Budgetredex schne und dieses dem Berliner Wagen eindringlich wolle, Berlin werde in diesem Bestreben von einer „außerdeutschen Stelle“ unterstützt; der Grund für diesen Vorwurf des Reiches sei die Hoffnung, mit Hilfe des bayerischen Staats eher das Ultimatum erfüllen zu können. Der Minister forderte selbst den Reichskanzler zu einer Stellungnahme zu solchen Gerüchten auf.

Die Reichsregierung stellt in einer amtlichen Erklärung hierzu fest, daß ihr von solchen Bildern und Absichten nichts bekannt sei. Die Gerüchte die der Minister Oswald voreilig weitergegeben habe seien frei erfunden und gehörten in das Gebiet jenseitendänisches Verleumdung, die in letzter Zeit in Umlauf gesetzt werden, um die Reichsregierung zu discreditieren. Auch die Unterstellung, daß die Regierungspolitik unter Einflüssen von außen steht, entspreche nicht den Tatsachen und müsse in Interesse der Würde des Reiches zurückgewiesen werden. Werner habe Minister Oswald in seiner Rede den Vorwurf erhoben, man habe in Berlin die „bayerische Verkehrs-, Finanz- und Heereshoheit verschwunden“. Hierzu erklärt die Reichsregierung, daß die Abgrenzungen der Souveränität der Länder im Verhältnis zum Reich in der Weimarer Verfassung festgelegt sind. Alle späteren Regelungen erfolgten auf Grund und im Rahmen dieser verfassungsmäßigen Bestimmungen an denen Bayern sowohl durch seine Volksvertretung als auch durch seine Staatsorgane mitgewirkt hat. Es könne also billigerweise nicht von einem einseitigen Act der Reichsregierung, geschweige denn von einer Verschärfung bayerischer Rechte die Rede sein. Im Gegenteil, bei der Kauseinerung zwischen Bayern und dem Reich sei auf die bayerischen Wünsche mehr als auf die jedes anderen Landes Rücksicht genommen worden.

Weiter hat Minister Oswald mit Bezug auf das Abkommen von Spa unter Einfluss der Deutschen Regierung aufgestellt, dassen die bayerischen Einwohnerrechten von der Reichsregierung vertrügt und den Bayern die Ententevertreter auf den Hals gesetzt worden. Die Reichsregierung verteidigt demgegenüber auf die allgemein bekannte Tatsache, daß die Annahme des Abkommens von Spa unter dem Druck der Entente zustande gekommen ist.

Wenn schließlich der Minister Oswald die jüngsten Auseinandersetzungen wegen der Auhebung des Ausnahmestandes in Bayern dahin charakterisiert, daß die Reichsregierung dabei den „starken Mann“ spielen wolle, so glaubt die Reichsregierung, durch ihr Verhalten, ebenso wie durch wiederholte ausdrückliche Erfahrungen genügend dargetan zu haben, daß sie den Konflikt zu vermeiden und den Weg der Verständigung zu beschreiten gewollt ist.

Die preußische Regierung bedauert.

Die preußische Staatsregierung hat in einer öffentlichen Erklärung zu dem Bericht des preußischen Staatskommisars für öffentliche Ordnung Stellung genommen, in dem, wie erinnerlich, von Ermittlungen gegen die Kappisten die Rede ist, die in Bayern von dem Staatskommisar veranlaßt worden sind. Diese Ermittlungen haben, wie die preußische Regierung ausdrücklich feststellt, im Mai 1920, und zwar auf Anordnung der damaligen Reichsregierung stattgefunden. Das preußische Staatsministerium bedauert, daß derartige Schritte jenseits der Organe in einem anderen Lande stattgefunden haben, ohne daß darüber die Regierung dieses Landes unterrichtet worden war. Es bedauert weiter, daß darüber der Deutschenlichkeit Mitteilung gemacht worden ist, bevor die Regierung des beteiligten Landes die Möglichkeit hatte, sich zu dem Ergebnis der damaligen Ermittlungen zu äußern.

Auf die Anfrage der bayerischen Regierung hat die preußische Staatsregierung in München eine Antwort überreichen lassen, deren Inhalt sich mit der vorliegenden Erklärung deckt. Über den materiellen Streitfall zwischen dem Reich und Bayern erklärt Staatspräsident Steigerwald, daß er es für dringend erforderlich halte, wenn die augenblicklichen Verhältnisse verschiedenheiten zwischen dem Reich und Bayern möglichst bald beigelegt werden und daß ihm hierzu die neuen bayerischen Abänderungsvorschläge an der Verordnung vielleicht mit einigen Modifikationen als eine annehmbare Grundlage erscheinen. Er würde es mit besonderer Begeisterung begrüßen, wenn durch allseitiges Entgegenkommen die derzeitige Spannung möglichst bald aus der Welt geschafft werden könnte.

Eine Erklärung Ehrhardts.

Korvettenkapitän Ehrhardt sandte den „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus Salzburg eine Erklärung zu dem Bericht des Staatskommisars Dr. Weismann,

In der Tat ist festgestellt, daß er nach Erreich des Kreditaufschlags gelegentlich in Deutschland gewesen sei, doch sei er dabei vorsichtig und nicht so töricht gewesen, bayerische Grenzpfähle zu überschreiten. Mit dem Minister Roth sei er weder mindlich noch körnlich, noch durch eine Mittelperson in Verbindung gekommen.

### Es dämmert.

Wirkung der geplanten Devisenhilfe auf das Ausland.

Die Hoffnungen, die man in unterrichteten Kreisen in außenpolitischer Hinsicht auf die geplante Revolutionsbeihilfe der deutschen Industrie- und Bankwelt setzte, scheinen diesmal nicht zu täuschen. Bischof hatte die gesamte französische Presse immer wieder die sinnlose Behauptung aufgestellt, Deutschland betreite mit Absicht seinen Bankrott vor. Dieser Ausfall tritt jetzt der "Petit Parisien", ein Blatt, das unter den Pariser Regierungsschäften eine Vorzugstellung einnimmt und als Orlands persönliches Sprachrohr gilt, mit bemerkenswerter Entschiedenheit entgegen. Das Blatt erklärt den Sturz der deutschen Mark mit dem Ankauf fremder Devisen, den Deutschland ausführen müsse, um seine finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Trotz des Sinkens der Mark, so führt das Blatt weiter aus, dürfe man nicht daran glauben, daß die deutschen Bankiers und Großindustrielle das Reich zu einem betrügerischen Bankrott treiben wollten. Die Geschäftsmänner hätten nicht die Gewohnheit, Kinderspiele zu treiben.

Das Blatt bezieht sich weiter auf die Verhandlungen, die nach deutscher Gläubermeldung zwischen der Regierung und den Großindustriellen und Finanzgruppen geführt werden, um einerseits dem Reich die nötigen Mittel zur Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtungen zur Verfügung zu stellen, andererseits um eine Erleichterung der Steuerlast und den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung herbeizuführen. Das sei nicht die Haltung eines Schuldners, der sich zum Bankrott vorbereitet, schreibt das Blatt am Schluß seiner Ausführungen.

Die Aussage, die in den obenstehenden offiziösen Darlegungen des Pariser Regierungsschäfts zum Ausdruck kommt, ist der beste Beweis dafür, daß die deutsche Industrie mit ihrem Devisenangebot den richtigen Weg eingeschlagen hat. Mit dem Gelingen der geplanten Kreditaufschaltung ist allerdings die ernste finanzielle Lage Deutschlands noch lange nicht beendet. Solange die unerträglichen Sanktionen ihre vernichtende Wirkung auf das deutsche Wirtschaftsleben ausüben, solange man Deutschland die ungeheuren Besatzungslosen auffordert, die nach einer Berechnung des "Temps" von September bis heute sich auf die wahnsinnige Summe von 120 Milliarden Papiermark belaufen, solange in diesen Punkten keine grundlegende Wenderung eintritt, schwächt die Bankrottklage auch in Zukunft über Deutschland und über die Entente. Die oben zitierte Pressestimme ist vielleicht als ein Zeichen beginnender Einsicht zu deuten, von der man nur wünschen kann, daß sie weitere Kreise der Entente erfassen möge.

### Sozialdemokratischer Parteitag.

Görlitz, 19. September.

Der sozialdemokratische Parteitag wurde in der riesigen Stadthalle unter großer Beteiligung aus dem Reiche und aus dem Auslande eröffnet. Man sah u. a. den ehemaligen Reichskanzler Hermann Müller, Oberbürgermeister Scheidemann, den 70jährigen Reichstagabgeordneten Wollendorff und die ehemaligen preußischen Minister Braun, Wissel und Seerling, seines der Reichstagpräsidenten Doebe und den sächsischen Ministerpräsidenten Bud. Reichspräsident Ebert hat ein Begrüßungsprogramm gesandt. Zum ersten Male hat auch die Sozialdemokratie Belgien einen Vertreter entsandt, der besonders lärmisch begrüßt wurde. Nach und Danzig ist ein Vertreter erschienen.

Der Rektor der Görlitzer Sozialdemokratie, der 78jährige Hugo Kellner, begrüßte den Parteitag in seiner Heimat. Danach folgte die politische Begrüßung durch den ehemaligen Reichskanzler, Parteivorsitzenden

Hermann Müller.

Er wies einleitend darauf hin, daß die Sozialdemokratie immer noch die Partei der Massen ist. Er stellte die bevorstehende Programmdiskussion. Das neue Programm müsse die alten sozialistischen Weltanschauungen rein erhalten. Das Ziel sei allerdings noch sehr entfernt wegen der "verschleihten Gesamtteilung der deutschen Arbeiterklasse". (Auszümmung) Unter den gegebenen Verhältnissen werde man an der Koalitionspolitik arbeiten müssen.

Der Redner richtete dann die schärfsten Angriffe gegen die Kreise, die hinter den Mörfern Erzbergers standen, und gegen die Deutschnationale Partei. Der Mord sei vorbereitet durch die hege der Deutschnationalen. Die meisten Gegner habe Erzberger durch seine Finanzreform bekommen. Herzog habe auf dem Deutschnationalen Parteitag in München die "Freiheit" gehabt, zu erklären, daß die Sozialdemokratie stets den politischen Mord gepredigt hätte. Jede Seite der Parteidiscussion beweise das Gegenteil. Herzog habe in pathologischer Weise gegen Demokratie und Republik gestritten. Er sei reif zum Königswiger Ehrendoktor. (Weiterer Zusatz) Dem „pathologischen Digniter Lubendorff“ sei es ja ebenso ergangen. In der Charkow-Brigade würden auch die Mörder von Greifswald zu finden sein. Diese Bande müsse unbedingt gemacht werden in Bayern wie in Schlesien. Die Sozialdemokratie habe nach dem 9. November zum Mord Gelegenheit gehabt. Hätte sie solche Absicht gehabt, dann wäre „Eitel Schlesisch“ nicht mehr bei Paraden seinen letzten Hinterstrichpräsentieren können.

Im Anfang auf Preisen forderte der Redner, daß die Sozialdemokratie den Weg in die preußische Regierung finden müßten (Auszümmung), sonst müsse die Sozialdemokratie auch im Reiche in die schärfste Opposition gehen. Der kommende Winter müsse die Partei in ständiger Alarmbereitschaft stehen gegen die Rechtspatrioten, drohe doch der Bandenkrieg bereits mit dem Siegerkrieg. Der Siegerkrieg bedeute den Bürgerkrieg. Die Arbeiter würden wahrscheinlich bei den Deutschnationalen Städtern Hamsterware liefern geben. Gegen die Feinde der Republik gebe es nur eine Parole: Auf einen Schelm anderthalbe. (Weitfall.)

Zum Schluß seiner Ausführungen wies der Redner auf die Schwierigkeiten, die gerade die Entente der Arbeit für die Festigung der Republik und der Demokratie in Deutschland eingerichtet. Er bezeichnete die Notaufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein als ein bitteres

Unrecht und schloß mit der Ankündigung, daß bei der Erledigung der Steuergefahr der Opferzug des Kapitalismus geöffnet sei.

Allseitige Beachtung fand die Tatsache, daß der Redner sich jedes Angriffes gegen die Deutsche Volkspartei enthielt, während der vorjährige Parteitag in fast allen Parteien legisches Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei streng unterließ. Offenbar wird dieser Beendigung vom Görlitzer Parteitag nicht erneut werden.

Im Vorsitzenden des Parteitages wurden Rels und Taubadel-Böhrly gewählt. Es folgten sodann die Gründungsansprüche der auswärtigen Gäste.

Die Montagsitzung begann mit einem Referat des Reichstagabgeordneten Wollendorff über das Programm Wollendorff, der die Schwierigkeiten der Programmfindung auseinandersetzte; auf Vorschlag Wollendorffs wurde eine 28gliedrige Kommission zur Prüfung des Parteiprogramms gewählt, die sich sofort konstituierte.

Der Bericht über die Tätigkeit des Parteivorstandes erwartete Franz Krämer. In seinem Rückblick auf die letzten Reichstagssitzungen sagte er, die Deutsche Volkspartei, die am stärksten gegen uns gehetzt hatte, wollte sich möglichst schnell „rote Seiten“ anlegen, weil ohne die Sozialdemokratie eine arbeitsfähige Regierung nicht gebildet werden konnte. Der Redner beschäftigte sich dann in mehrfacher Ausführung mit der Notwendigkeit einer Beteiligung der Sozialdemokratie an der Bildung der Regierungsgeschäfte.

Die S. P. D. für den Block der Mitte.

Inzwischen hat der Parteivorstand, die Kontrollkommission und der Parteausschuß dem Parteitag zur Frage der Regierungsbildung eine bedeutsche Entscheidung zugehen lassen, in der das Eintreten der S. P. D. in den Block der Mitte mit der unbedingten Sicherung der demokratisch-republikanischen Staatsform und mit der erforderlichen Anspannung aller Kräfte zur Sicherung der Not des deutschen Volkes begründet wird. Außerdem heißt es in der Entscheidung:

„Die Sozialdemokratie ist bereit, zu diesem Zwecke mit anderen Parteien im Reiche und in den Ländern in der Regierung zusammenzuarbeiten, wenn mit diesen Parteien eine Vereinbarung über ein Arbeitsprogramm möglich ist, das folgende Grundforderungen enthält:

Anerkennung und Verfestigung der Republik, Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde, Demokratifizierung der Verwaltung und Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorgane, Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Politik der Völkerfreundschaft, lokale Erfüllung des Friedensstaats in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Aufristung der dadurch bedingten Lasten in erster Linie durch weitestgehende Heranziehung des Bevölkerung.

Im übrigen soll der Parteivorstand unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Lage im Benehmen mit den in Frage kommenden Fraktionen über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung entscheiden.“

An der Annahme dieser Entscheidung ist nicht zu zweifeln.

### Politische Rundschau.

Berlin, 20. September 1921.

Die Rheinlandkommission hat bestimmt, daß Versetzungen Deutscher aus dem linksrheinischen Gebiet durch Besetzungsbehörden von deutschen Behörden unter eigener Verantwortung und militärischer Überwachung durchzuführen sind.

Die Reichsregierung hat dem zum diplomatischen Vertreter der Sowjetregierung in Berlin ernannten Botschaftsmitarbeiter Nikolai Nikolajewitsch Krestinski das Abkommen erteilt.

Der französische Kriegsminister Barthou ist in Koblenz eingetroffen. Er beschäftigt, einige Tage im Rheinland zu verbleiben.

Die nationale „Freiburger Zeitung“ ist vom badischen Ministerium des Innern für die Zeit vom 19. bis einschließlich 23. d. M. verboten worden.

Die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Görlitz hat eine Protestresolution gegen den Beschuß des Reichstages angenommen, der sich betont gegen die Zulassung der Frauen zum Schiffs- und Eisenbahnenamt wendet.

■ **Mißglückter Anschlag auf Dr. Stresemann.** Als Bildhauer in Westsachsen wird gemeldet: Sonntag abend wurde während der Sitzung des westfälischen Parteitages der Deutschen Volkspartei in der großen Schulhalle ein Schuh von außen durch das Fenster der Halle abgegeben, der glücklicherweise keine Folgen hatte: Man nimmt an, daß der Schuh gegen Dr. Stresemann gerichtet war, da er in der Richtung auf das Rednerpult abgeschossen wurde. Stresemann hatte aber kurz vorher seine Rede beendet und Abg. Hugo war an seine Stelle getreten. Der Täter ist unerkannt entkommen.

■ **Stresemann über die Politik der Mitte.** Auf dem westfälischen Parteitag der Deutschen Volkspartei in Lüdenscheid sprach der Führer der Deutschen Volkspartei, Reichstagabgeordneter Dr. Stresemann über die politische Lage. Stresemann ist der Ansicht, daß nur die Mitte allein in heute zu einem Erfolg in der Politik führen könne. Bildeten wir einen Rechtsblock, so wendeten sich die gemäßigten Elemente wie Demokratie und Zentrum noch mehr nach links. Jetzt läuft es nicht darauf an, große Weltanschauungen auszukämpfen, sondern es handele sich jetzt in erster Linie darum, daß die Ordnung innerhalb des Reiches erhalten bleibe. Auf die Auseinandersetzung zu sprechen kommend, betonte Dr. Stresemann, daß nach Annahme des Ultimatums jedermann daran mitarbeiten müsse, die Forderungen zu erfüllen. Auch die Deutsche Volkspartei werde stets in diesem Sinne wirken. Das Ausland müsse das Vertrauen haben, daß politisch konfidierte Verhältnisse in Deutschland herrschen. Heute sei ein Kabinett auf breiter Grundlage und nicht ein Minderheitskabinett notwendig. Auch für die Aktion der deutschen Wirtschaft sei dies eine Voraussetzung. Stresemann schloß mit einem Glaubensbekenntnis an den Wiederaufstieg des deutschen Volkes. Seine Ausführungen über die Notwendigkeit einer Politik der Mitte und einer breiten Koalition fanden einstimmige Zustimmung.

■ **Mitwirkung der Bankei bei der Kreditobertag.** Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand eine Besprechung führender Persönlichkeiten aus deutschen Bank- und Bankierkreisen statt, bei der einstimmig die Bereitwilligkeit der deutschen Bankwelt ausgesprochen wurde, bei der von der Industrie angeregten langfristigen Kreditoperation nach besten Kräften mitzuwirken.

■ **200 000 Mark für die Ermittlung des Mörders Erzbergers.** Die Reichsregierung hat mit Rücksicht darauf, daß die Mörder des Abg. Erzberger nunmehr festgestellt, aber noch nicht ergreifen sind, die von ihr ausgesetzte Belohnung von 100 000 M. auf 200 000 Mark erhöht. Ruständig für die Verteilung sind die badischen Landesbehörden.

■ **Zurückziehung der Ruhrarmee.** Die französische Regierung hat am 17. September der deutschen Regierung folgende Note übertragen:

„Die französische Regierung hat die Zurückziehung der im Mai d. J. in das besetzte Gebiet gelandeten Truppen nach Frankreich beschlossen. Die Truppenbewegung soll am 15. September beginnen und vor Ende d. M. beendet sein.“

Es handelt sich hierbei nicht etwa um die Aufhebung der militärischen Sanktionen, sondern um die im Mai d. J. von der französischen Regierung für die Besetzung des Ruhrgebiets bereitgestellte Armee, die in Falle der Ablehnung des Londoner Ultimatums in Tätigkeit treten sollte.

■ **Verbot des Bundes der Kaiserstreuen.** Wie die „Döbelner Allgemeine Zeitung“ erfaßt, ist die Jungmannschaft des Bundes der Kaiserstreuen in Döbeln auf Grund der Befehlung des Reichspräsidenten vom 29. August polizeilich verboten worden. Die Mitglieder des Bundes sollen Uniform getragen haben und in Kompanien eingeteilt gewesen sein, auch soll die Jungmannschaft Gesundheitsübungen veranstaltet haben, die militärischen Charakter trugen.

■ **Die polnischen Landverteidigungen in Oberschlesien ungültig.** Wie aus Katowitz gemeldet wird, hat die Internationalisierte Kommission durch Verfügung aller von polnischer Seite vorgenommenen Landverteidigungen für ungültig erklärt. Ebenso hat das Departement für innere Angelegenheiten in Oppeln alle durch Uglatoren auf Erlös des damaligen polnischen Plebisizitätskommissariats vorgenommenen Landverteidigungen annulliert. Die Akten darüber sollen restlos vernichtet werden. — Mit der Aufstellung des großen östlichen Korps seiner Zeit die kleinen Bauern für Polen zu fördern versucht. Auf diesen Schwund mögen damals nicht wenige polnische Oberschlesiener hereingefallen sein, die heute, wenn es noch einmal zu einer Abstimmung käme, ganz sicher anders stimmen würden.

■ **Einschüchterung für deutsche Zeitungen.** Nach einer Botschaft aus Koblenz hat die Internationale Rheinlandkommission beschlossen, die Einführung der allgemeinen polnischen Publikationsorgane ins besetzte Gebiet endgültig zu untersagen, die schon zweimal suspendiert worden sind und dieser doppelten Wahrung nicht Rechnung getragen haben. Bei dieser Möglichkeit hat die Kommission den deutschen Reichskommissar gebeten, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die unheldvolle Rolle zu lenken, die die Haltung mehrerer deutscher Blätter für die Wiederherstellung der friedlichen Beziehungen in Europa darstelle. Die deutsche Regierung werde wohl alle Anstrengungen machen, daß sowohl im besetzten als im unbefeuerten Deutschland die heftigen Angriffe gegen die Besetzungsbehörden und gegen die alliierten Mächte aufhorten, mit demselben Recht, wie gegen deutsche Behörden gerichtete Angriffe, die ebenfalls die öffentliche Ordnung zu stören drohten. —

■ **Ein „gefährlicher“ Gerichtsassessor!** Die Internationale Rheinlandkommission hat gegen die Ernennung des Herrn von Koolwijk zum Gerichtsassessor in Kleve ihr Veto mit der Begründung eingelegt. Sie sei der Ansicht, daß die Ernennung für die Sicherheit des Besetzungstruppen gefährlich wäre. — Die Befürchtung der Alliierten, ein Gerichtsassessor könne die Sicherheit der Besetzungstruppen gefährden, wirkt schon mehr als lächerlich.

### Rundschau im Auslande.

Der Volksbund beschloß nach dem Vorschlag von 32 Staaten, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Frage des Lehrunterrichts in den Schulen zu legen.

■ **Der polnische Senat hat den Rektor der Polnischen Schule in Warschau, Ponikowski, zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen.** Warschau Billubowski hat dazu Ponikowski mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

■ **Die Griechen haben sich wegen Verbindungsschwierigkeiten auf das weite Ufer des Tauria zurückerzogen.** Weitere Kampfhandlungen bei Anatolien sind unwahrscheinlich.

■ **Nach einer Abdankung aus Galatia ist der Bruder des Sultans, Prinz Mamud Kamdi, eingeschoren.**

Schweiz: **Eklaiser Karl „australischer Souverän“.**

■ **„Times“ meldet aus Genf:** Der schweizerische Bundesrat hat beschlossen, den Eklaiser Karl von jeglichen Steuern und von der Unterwerfung unter die schweizerische Rechtsprechung freizustellen. Der Bundesrat erhebt in ihm einen australischen Souverän, der auf schweizerischem Gebiet wohnt und durch die Entente in die Unabhängigkeit gestellt ist, seine königlichen Funktionen auszuüben.

England: **Lloyd George Antwort an de Balera.**

■ In Erwidung auf die letzte Antwort des Sir Alexander führte Lloyd George erklärte Lloyd George, die Monarchen sei unmöglich, wenn der Anspruch, daß die irischen Delegierten als Vertreter eines souveränen, unabhängigen Staates ansehen werden sollten, nicht zurückgeworfen werden würde. Gleich zu Beginn der Besprechungen im Juli habe er gesagt, die britische Regierung sehe vor, daß Irland seine Unterwerfungspflicht gegen den Thron anerkennen und in Zukunft als ein Mitglied des britischen Gemeinwesens handeln. Dies war die Grundlage des britischen Vorschlags, und diese sollte nicht verändert werden. Die britische Regierung ist bereit, die Frage zu erörtern, wie eine Verbündung Irlands mit dem britischen Reich am besten zu vereinbaren wäre mit den britischen Bestrebungen, aber sie kann einer, wenn auch noch so informellen Preisgabe des Prinzipes des Treueverhältnisses zum Könige nicht zustimmen auf dem das ganze Gefüge des Reichs und jede Staaten-

Tatung innerhalb desselben beruht. Solange die Delegierten auf der Beforderung bestehen, daß die britischen Delegierten mit den französischen Delegierten als Vertreter eines unabhängigen souveränen Staates verhandeln sollen, ist eine Konferenz zwischen ihnen unmöglich.

**Marsella:** Erfolgreiche Gegenoffensive der Spanier.  
Amtlich wird gemeldet, daß die Spanier in Marsella ihre Offensive wieder aufgenommen haben. Nach intensiver Artillerievorbereitung begann der Vormarsch auf Radnor. Die Mauren leisteten erbitterten Widerstand und gingen nur Schritt für Schritt zurück. So gelang schließlich, Radnor zu besetzen. Die Mauren haben sehr erhebliche Verluste. Den Spaniern sind große Mengen Waffen und Kriegsmaterial in die Hand gefallen. Die Mauren haben sich in die Berge zurückgezogen und zahlreiche spanische Gefangene zurückgelassen.

### Soziales.

+ **Verdeckte Streik.** Der Streik im Eisenhüttenwerk Thale ist beendet nachdem die vom Oberpräsidenten gemachten Vermittlungsvorschläge angenommen wurden. Der Gesamtstreik im Meuselwitzer Braunkohlenrevier ist, da die Verhandlungen einen befriedigenden Abschluß finden, ebenfalls beendet, und Oberpräsident Greiner, dessen Entlassung gefordert wurde, auf eine Wiedereinstellung verzichtete. Ebenso durfte der Streik der Schleiferarbeiter in Thuringen bald beendet sein, nachdem die Forderungen der Arbeiter bewilligt worden sind. Der Streik bei dem Berliner Württemberger Eisenwerk A.-G. ist durch Verhandlungen zwischen der Direktion und den Arbeitern beigelegt worden.

+ **Kein Streik in Frankfurt?** Vom Kartell der Arbeitgeberverbände in Frankfurt wird bekannt, daß nach der Entscheidung des Demobilisierungskommissars des dem Kartell angeschlossenen Verbänden keinen Zugeständnissen werden, sich der nunmehr gegebenen Rechtslage entsprechend zu verhalten und die neuen Gehaltsklasse an ihre Angestellten zur Auszahlung zu bringen. Die Angestelltenvertreter haben davon Kenntnis bekommen und erklärt, daß sie bereit seien, sich dafür einzufügen, daß ein Streitausbruch vermieden wird.

### Aus Stadt und Land.

**Fürst Gulenburg †.** Auf seinem Schlosse Gleisenberg in der Mark ist Fürst Philipp zu Sayn-Wittgenstein-Gulenburg, 74 Jahre alt, gestorben. Gulenburg war eine der bekanntesten Persönlichkeiten in der ersten Regierungszeit Wilhelms II. Die bekannten Prozesse, die auf Grund der Entzügelungen Gardens in der "Zukunft" des Fürst verwidelt wurde, haben ihn, der ohne Zweifel eine der einflussreichsten Persönlichkeiten des sächsischen Hofes war, gezwungen, von der politischen und höfischen Bühne abzutreten. Er wurde am 11. Februar 1847 geboren. Als Leutnant nahm er am Feldzug 1870-71 teil. 1876 wurde er Kammergerichtsreferendar, später Attaché im Auswärtigen Amt und 1881 Regattasekretär. 1894 wurde er zum Botschafter in Wien ernannt. Dort erhielt er im Juni 1898 den Charakter als Wirklicher Geheimer Rat und am 1. Januar 1900 die Erhebung in den Fürstenstand und am 27. Januar 1900 die Berufung in das Preußische Herrenhaus als erblicher Mitglied. 1902 trat er in den Ruhestand. Seit der Zeit lebte er auf seinem Hause Gleisenberg ohne daß ein gegen ihn schwäbendes Erbeidsverfahren noch vor seinem Tode gefürt worden ist.

\* **Kundgebung einer kommunistischen Konferenz.**

Schnell wird zum 1. Oktober  
sechzigliches Kinderleses

**Wäldchen,**  
15—17 Jahre alt, bei hohem Wohn.  
Häuser bei  
Büderitz, Burghardt, Rabenau.

**Strümpfe**  
jeder Art werden mit Maschine  
angestrickt.  
Kra. Kraut, Käppie, Spülkelle, Bügelstrümpfe, 15 P.  
Blitzenkarten C. Jähne

**Glänzende Landbutter  
und Quark**  
empfohlen  
Käbel, Oberthorplatz.

**Frisches Hammelfleisch**  
empfohlen  
Fleischerei Aug. Helmich.  
Hund entlaufen  
(Dobermann), auf Frei hergehoben.  
Abzugeben bei  
Schäfer, Reinhardtsgrimma.

Nichts ist wertlos!

**Der Eine will**  
  
haben, was der Andere nicht mehr braucht. Beiden hilft  
**Eine Anzeige**  
in der „Weißeritz-Zeitung“  
denn sie ist die gelesene Zeitung in Stadt und Land

In München wurde eine kommunistische Bezirksleitung ausgehoben. In Gestaltos wurden fünfzig Personen zur Polizeidirektion gebracht, darunter der zuständige Kommunistische Württemberger Kreis, Stab des früheren badischen sozialistischen Ministers des Innern, der wegen Aufsezung zum Klassehoch und Hochverrats schon einmal in einer Münchener Parteiversammlung verhaftet, dann aber wieder freigelassen worden war.

**• Kastner in Karlsruhe.** Bei dem prachtigen Arzt Dr. Witz in Karlsruhe meldete sich ein bis jetzt unbekannter Patient. Während der Arzt ihn untersuchte, schlug der angebliche Patient den Arzt mit einem Hammer so stark auf den Kopf, daß die Schädeldecke zertrümmert wurde. Der Täter, der sich in Begleitung einer Frau befinden haben soll, ist entkommen. Geraubt wurden 2000 Mark.

### Gemeindeverbands-Spar- und Tirokasse

Reinhardtsgrimma.

Wiederholter Expeditionstag Mittwoch den 21. September von 2—5 Uhr.

### ■ Letzte Nachrichten

Frankreich zieht Truppen aus dem Ruhrgebiet zurück. Die französische Regierung hat der deutschen Regierung am 17. September eine Note überreichen lassen, worin die Jurisdiktion der im Mai d. J. nach dem Ruhrgebiet gesandten neuen französischen Truppen angekündigt wird. Diese Jurisdiktion begann bereits am 15. September begonnen und soll am 30. September beendet sein. Sie bedeutet eine gewisse Erleichterung für Deutschland, hat aber mit der Auflösung der Sanktionen sonst nichts zu tun.

Frankfrische Zeitungszensur in Deutschland.

**Paris**, 19. September. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz beschloß die interalliierte Rheinlandkommission die Einführung derjenigen Publikationsorgane ins besetzte Gebiet endgültig zu unterlassen, die schon zweimal suspendiert wurden und dieser doppelten Warnung nicht Rechnung trugen. Bei dieser Gelegenheit bat die Kommission den deutschen Reichskommissar, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die unheilvolle Rolle zu lenken, die die Hal tung mehrerer deutscher Blätter für die Wiederherstellung der Friedensbeziehungen in Europa darstellt. Die deutsche Regierung werde wohl alle Anstrengungen machen, daß sowohl im besetzten wie im unbesetzten Deutschland die heftigen Angriffe gegen die Besatzungsbehörden und gegen die alliierten Mächte aufhören mit demselben Rechte wie die gegen die deutschen Behörden gerichteten Angriffe, die gleichfalls die öffentliche Ordnung zu stören drohten.

Der Ernst der griechischen Niederlage.

**Paris**, 19. September. Der "Corriere della Sera" meldet aus Smyrna: Hier rechnet man mit dem Rückzug der Griechen in die alte Stellung östlich von Smyrna. Die Niederlage der Griechen ist schwer. Auch im Gelände von Balkista und Brusia wankt der griechische Flügel. Ununterbrochen kommen in Smyrna Transporte von Verwundeten aus dem Frontgebiete an. Die Stimmung in Smyrna und im Heere ist gedrückt, während die griechische Heeresleitung auch weiterhin Zuversicht zur Schau trägt.

## Stuhlbauer

Nichts ist  
Ernst König, Seifersdorf.

### Der Spötter.

Dresdner Mittwoch-Zeitung für frohes u. freies Werk.

Herausgeber: Georg Müller-Stein.

Morgen Mittwoch erscheint Heft 2.

Heft 1 kostet zweier Auslagen je 48 Stunden außerlands.

Einzelheft 1 Kr. Vierteljährlich 10 Kr. bei der Post

und der Buchhandlung Ludwig Küttner, Dippoldiswalde.

### 7 Lastwagen

und zwar 3 Rosten- und 4 Tafelwagen

verkauft sofort

heute eingetroffen und Altenfahrt Max Leibmann, Wienemühle.

Bernau 33.

### Maurer

für bauende Brüderlichkeit bauen  
Vorl & Höh, Architekten und Baumeister,

Dippoldiswalde.

### Alte Dachziegeln

verkauft

Carl Marckler.

Ein frischer Transport

Gänse

heute von Mittwoch früh an

zum Verkauf bei

Anton Glödner.

Tel. 59.

Häcksel

empfohlen

R. Oppelt,

Dippoldiswalde. Telefon 162

### Drucksachen

liefer

Gebrüder Carl Jähne.

zu verkaufen

### Frischer Seefisch

heute eingetroffen bei

Johannes Bremann,

W. Gräf's Koch,

Freiburger Straße.

Eine gute Leistung

Schuhmacher-

Nähmaschine

(Elektro) steht zu verkaufen in

Hödendorf Nr. 57.

Im Dörfchen Nr. 7 ist verschied.

Landw. Inventar

je ein Ratiometer, Zigar., Auf- u.

Winführer, Apollo-Zentrifuge,

Wasserschrägen, Sägemühle,

Zauschenspumpe, Pfiffu u. e

nd. im ganzen sofort zu verkaufen.

Kürbisse

liefer

Heidekraut, Gut 113.

### Kirchen-Nachrichten

Mittwoch den 21. September 1921.

Dippoldiswalde. Abends 8 Uhr Bibelstunde (1. Gebot): Cap. Michael.

Bärenfeld. Abends 8 Uhr Andacht im Diakonissenheim.

Donnerstag den 22. September 1921.  
Dippoldiswalde. Abends 1/2 Uhr Männerbibelstunde in der Brandstraße 310 B.

Geibelshaus. Abends 8 Uhr Andacht in der Kirche.

Schöpfeld. Abends 8 Uhr Bibelstunde in der Schule.

### Schlachtviehpreise auf dem Viehhof Dresden

am 19. September 1921.

| Art   | Qualität  | Preise für 50 kg in Markt |
|---|-----------|---------------------------|
| 1. Würste: A. Ochs.   |           |                           |
| 115. 1. Vollfleischige, ausgemästete, höchstens 600 kg Schätzgewichtes bis zu 6 Jahren.           | 700—750   | 1225—1325                 |
| 2. Junge, fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete.                                    | 550—650   | 1100—1200                 |
| 3. Mühlig gendichte junge, gut genährt ältere.  | 400—450   | 875—950                   |
| 4. Gering gendicht ältere jed. Alters.  | 250—350   | 650—850                   |
| B. Rinder.  |           |                           |
| 120. 1. Vollfleischige, ausgewachsene Rinder höchstens 800 kg Schätzgewichtes . . . .             | 650—725   | 1150—1275                 |
| 2. Vollfleischige jüngere . . . .   | 500—600   | 975—1125                  |
| 3. Mühlig gendichte jüngere und gut genährt ältere.   | 350—400   | 750—850                   |
| 4. Gering gendichte Rinder . . . .  | 250—300   | 600—800                   |
| C. Kalben und Rühe.   |           |                           |
| 207. 1. Vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schätzgewichtes . . . .                      | 700—775   | 1225—1325                 |
| 2. Vollfleischige, ausgemästete Rühe höchsten Schätzgewichtes bis zu 7 Jahren . . . .             | 550—650   | 1100—1200                 |
| 3. Weitere, ausgemästete Rühe und gut entwickelte jüngere Rühe und Kalben . . . .                 | 450—500   | 950—1050                  |
| 4. Gut gendichte Rühe und mühlig gendichte Kalben . . . .   | 350—400   | 800—900                   |
| D. Fresser.   |           |                           |
| 1. Gering gendichtetes Junges im Alter v. 3 Mon. bis zu 1 Jahre . . . .                           | —         | —                         |
| II. Rüher.  |           |                           |
| 1150. 1. Doppellender . . . .   | —         | —                         |
| 2. Beste Rind- und Saugkalber . . . .   | 875—950   | 1375—1675                 |
| 3. Mittlere Rind- und Saugkalber . . . .  | 700—800   | 1200—1300                 |
| 4. Geringe Rüher . . . .  | 550—650   | 1000—1100                 |
| III. Schafe.  |           |                           |
| 807. 1. Wollfleischige und jüngere Wollfleisch . . . .  | 600—700   | 1150—1275                 |
| 2. Weitere Wollfleisch . . . .  | 400—500   | 1000—1100                 |
| 3. Mühlig gendichte Wollfleisch und Schafe (Wollschafe) . . . .                                   | 250—325   | 850—925                   |
| IV. Schweine.   |           |                           |
| 974. 1. Vollfleischige der schweren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren . . . . | 1370—1350 | 1700—1750                 |
| 2. Fleischschweine . . . .  | 1400—1500 | 1800—1900                 |
| 3. Fleischige . . . .   | 1150—1250 | 1600—1650                 |
| 4. Gering entwickelte . . . .   | 1000—1100 | 1450—1550                 |
| 5. Sauen und Eber . . . .   | 1150—1300 | 1650—1700                 |

3382 Von den Auftrieben sind 46 Rinder tschecho-slowakischer Herkunft, ebenso 81 Schafe, 157 Schweine slowakischer Herkunft. Herkunft: 3 Rinder, davon 1 Bulle und 2 Rühe, außerdem 6 Schweine. Gebräutgang: bei Rindern mittel, bei Schafen und Schweinen langsam.

### Stern-Lichtspiele

[Mittwoch] 14:45 Uhr

### Henny Porten

# Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 221

Mittwoch den 21. September 1921

87. Jahrgang

## Politische Rundschau.

• • **Gesetzesänderungen in Bayern.** Die bayerische Volkspartei hat zwei Anträge im Landtag eingebracht. Der erste Antrag verlangt einen Gesetzentwurf, der einen Staatspräsidenten an der Spitze Bayerns vorsieht, der zweite Antrag fordert, daß eine Gesetzesvorlage im Reichsrat eingebrochen werde, die die Machtbesitzungen des Reichspräsidenten dahin beschränkt, daß er in keine Hoheitsrechte eines Landes eingreifen darf, daß insbesondere der Vorrang eines vom Reichspräsidenten jeweils verlangten Ausnahmezustandes Sache der Landesregierung bleibt und im Falle der Weigerung einer Landesregierung ihm das Recht zusteht, die Entscheidung des Reichsrates herbeizuführen. — Die Institution des „Staatspräsidenten“, von dem man in Breußen Abstand genommen hat, um keine Konfliktmöglichkeiten zu schaffen, besteht nur in Baden und Württemberg. An der Annahme der Anträge im bayerischen Landtag ist nicht zu zweifeln. Ebenso sicher scheint es allerdings auch zu sein, daß die Anträge auf Aenderung der Reichsverfassung im Sinne einer Einschränkung der dem Reichspräsidenten zustehenden Machtbefugnisse im Reichsrat und eventuell im Reichstag keine Annahme finden werden. Damit wäre dann aber ein Konflikt geschaffen, von dem zu befürchten wäre, daß er der Anfang vom Ende der deutschen Reichseinheit werden könnte.

• • **Die Untersuchung des März-Aufstandes.** Im Ausschuß des Preußischen Landtages zur Untersuchung des Märzauftandes befindet ein Polizeikommissar, daß bei den Außständischen u. a. Generalstabsarten und Kisten mit Angaben über die militärische Ausbildung der Mitglieder gefunden wurden. Nach ausführlicher Vernehmung eines führenden Angehörigen des Betriebsrates des Deumawerke, die über die früher mitgeteilten Bezeugnissen hinzu Neues von Belang nicht ergibt, wird die Sitzung auf Montag, den 26. September, vertagt. Auf der Tagesordnung steht die Vernehmung von Zeugen über die Zustände und Vorwürfe in Gießen und Mansfeld.

• • **Die Zeitungsverbote.** Die auf drei Tage verbotene Berliner „Rote Fahne“ erscheint seit ihrem Verbot jeden Tag unter einem neuen Namen. zunächst nannte sie sich „Die Internationale“, dann erschien sie unter dem Titel „Rote Fahne der Dauflis“. Nachdem nun das Berliner Polizeipräsidium die Verbreitung der „Roten Fahne der Dauflis“ verhindert hatte, erschien die „Rote Fahne“ am dritten Tage unter dem Namen „Berliner Mitteilungsblatt der kommunistischen Partei Deutschlands (Bezirksverband Berlin-Brandenburg)“. Nun ist auch die „Rote Fahne“ unter dem dritten Titel vom Reichsminister des Innern beschlagnahmt worden. — Ferner hat der Reichsminister des Innern die in Berlin erscheinende Wochenzeitung „Die Tradition“ für die Zeit vom 16. bis einschließlich 29. September 1921 verboten. — Die Zeitschrift „Die Krone“, die in Dresden und Umgebung erscheint, ist von der sächsischen Regierung auf Grund der Augustverordnung auf 14 Tage verboten worden. — Nach Berichterstattung des „Echo du Rhin“ hat die Rheinlandkommission, drei Monate den Kladdebaden und die Zeitschrift „Internationale Jugend“ im besetzten Gebiet verboten.

## Aus Stadt und Land.

• • **Neue Spenden für das Oberschlesien-Hilfswerk.** Die Reichsgewerkschaft der Post und Telegraphen-Beratern hat dem Oberschlesien-Hilfswerk den Betrag von 28 000 Mark überwiesen. — Zur Rinderung der Rot in Oberschlesien stiftete die Kalao-Kompanie Theodor Reichard, Wandsee, 200 Rentner Puderhofkolade. Diese hochherige Spende besteht aus 667 Kartons zu 3000 Kilogramm; das Brutgewicht beträgt 11 000 Kilogramm. — Die Stadt Altona spendete 7 000 Mark, der Verein der deutschen Kali-Interessenten Berlin, 53 000 Mark, die Firma Kunheim u. Co., Kommissionsrat Ludwig Voorn, die Allgemeine Lokal-Straßenbahngesellschaft Berlin, die Firma Voigt u. Häfner, A.-G. Frankfurt a. M., die Stadt Moers, der Kreisbaubüro Breslau, die Deutsche Kohlenhandelsgesellschaft Berlin je 10 000 Mark.

• • **Für 800 000 Mark Stempelmarken unterschlagen.** Die Unterschlagungen von Stempelmarken bei dem Görlitzer Hauptzollamt haben ihre Aufführung gefunden. Als Täter ist der Oberzollbeamter Semper, ein langjähriger Beamter des Hauptzollamtes, ermittelt worden, der in seiner Eigenschaft jederzeit zu den Stempelmarken-Schränken Zutritt hatte. Semper hat bei seiner Vernehmung ein Geständnis abgelegt und angegeben, daß er die Unterschlagungen schon seit 5–6 Jahren betrieben habe. Er sei durch Not und Krankheit in seiner Familie dazu getrieben worden. Die untergeschlagenen Stempelmarken hat er im regulären Geschäftsbetrieb verkauft. Der Wert der unterschlagenen Stempelmarken erreichte nahezu die Summe von 800 000 Mark, doch will Semper sich wiedergestellt nur 30 000 Mark angeeignet haben. In seiner Wohnung wurden 12 000 Mark vorgefunden. Semper befindet sich in Haft.

• • **Berliner Hotelräuber auf Neisen.** Zwei Hotels in Freienwalde a. d. Oder wurden von Einbrechern, ohne Zweifel Berliner Spezialisten, heimgesucht. In dem einen, das direkt am Walde liegt, und in das sie durch ein eingeschlagenes Fenster eindringen, erbeuteten die Verbrecher Silberzeug und bares Geld, zusammen für 40 000 Mark, in dem anderen Bettwäsche im Betrage von 20 000 Mark.

• • **Waffenbeschaffung in Breslau.** Nach einer Meldung der Breslauer „Vollswacht“ sind in Breslau sechs Lastautomobile mit Waffen und Munition beschlagnahmt worden, ebenso ein Personenauto, in dem der Stab dieser Kolonne sich befand. Sämtliche beteiligten Personen sind verhaftet worden.

• • **Selbstmord eines Nebenrätschen.** In Nohla bei Dessau erschoß sich der 25jährige Schlosser Schneider, der die Frau seines Freundes Silbermann während einer Geburtstagsfeier verführt hatte und überreicht wurde, aus Befehl seines Freundes in dessen Gegenwart.

• • **Ein seltener Geburtstag.** In Alt-Gandersheim (Braunschweig) beging die Witwe des früheren Ortsvorstehers Probst, Frau Wilhelmine Probst, ihren 100. Geburtstag. Die Freude erfreut sich trotz ihres hohen Alters des besten Wohlbefinden.

• • **Millionenstiftung für Wohnungsbaute.** Die Herren H. Wölfe und Karl Heine, Inhaber der Firma H. Wölfe und Co. in Düsseldorf, stifteten 5 Millionen Mark für Kleinwohnungsbaute, davon 3 Millionen Mark für Düsseldorf (Spark- und Bauverein) und 2 Millionen Mark für Velbert, wo ihre zweite Fabrik ist. Mit dem Bau dieser Häuser soll sofort begonnen werden.

• • **Bandenüberfall in Steiermark.** Wie aus Graz berichtet wird, wollten mehrere Banden Gittersdorf in Steiermark überfallen. Sie feuerten etwa 150 Schüsse ab, wurden jedoch von der Gendarmerie, die Verstärkungen erhalten hatte, zurückgeschlagen und vertrieben. Die Bande schoß sogar auf Kinder, welche Vieh hüteten. In Gittersdorf wurde ein Haus ganz geschoßt.

• • **Dante-Marken in Italien.** Das italienische Postministerium gibt besondere Marken zur Dante-Feyer heraus. Es sind drei Serien zu 15, 25 und 40 Centimi. Die erste zeigt einen Adler, der die „Göttliche Komödie“ in den Händen hält, die zweite stellt die auf dem Throne sitzende Italia dar, die dritte bringt das Bild des dozierenden Dante. Neben die kirchliche Feyer am Grabmal Dantes wird berichtet, daß der Patriarch von Benevento mit vielen Bischoßen und Prälaten in Nauvra erstanden war. Der Patriarch hielt eine Predigt, in der er das heilige Kreuz präsidierte und herabholte, daß Dante in seiner „Göttlichen Komödie“ das Kreuz in begeisterten Worten behandelt habe. In Begleitung aller Bischoße und Prälaten begab sich der Patriarch nach Erteilung des päpstlichen Segens zum Grabmal Dantes.

• • **Das Unwetter in Nordfrankreich.** Das Unwetter, das seit Tagen in Belgien und Frankreich beträchtliche Schäden angerichtet hat, sucht jetzt besonders schwer verschiedene Ortschaften Nordfrankreichs heim. In der Gegend von Opern wurde von der Kirche von Bantvoorde das Dach durch den Sturm fortgerissen und etwa 100 Meter weit auf den englischen Friedhof getragen. Auch eine größere Anzahl von Wohnhäusern wurde hier zerstört.

• • **Gefährliche Tanzbären.** Im Hamburger Zoologischen Garten wurde ein Knabe, der einem Bären eine Rute reichen wollte, von dem Tier so schwer verletzt, daß ihm ein Arm abgenommen werden mußte. Ein ähnlicher Fall wird jetzt aus Utendorf (Westfalen) gemeldet. Dort wurde ein zwölfjähriger Knabe von einem Bären, den eine Schauspieltruppe mit sich führte, angesessen und so zugetötet, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

• • **Millionendiebstähle in Wien.** Aus der Kasse des peripheren Juwelenhändlers Agfa in Wien wurden Juwelen und andere Wertgegenstände im Werte von drei Millionen gestohlen. — In dem Juwelengeschäft Engel ebenfalls in Wien wurden Brillanten und Diamanten im Werte von sieben Millionen Kronen gestohlen. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

• • **Blutige Zusammenstöße in Genf.** Zwischen einem Demonstrationszug der Allgemeinen Gewerkschaften und der Straßenbahner, die rote Fahnen mitführten, und der Polizei kam es in Genf (Schweiz) zu blutigen Zusammenstößen. Es fielen Schüsse. Die roten Fahnen wurden heruntergerissen. Die Polizei verhaftete mehrere Personen. Einige Beamte und mehrere Demonstranten wurden verletzt.

• • **10 000 leere Wohnungen!** Wo? — Leider nicht in Deutschland, dem Lande der Wohnungsnott, sondern in der größten Stadt Amerikas, in New York. Dort herrscht keine Wohnungsnott mehr. Etwa 10 000 Wohnungen sind zu vermieten. Man baut Häuser für 55 Millionen Dollar. — Wirkliches Amerika!

• • **Abgeordneter Dies außer Lebensgefahr.** Neben das Bestinden des bei der Ermordung Gräbergers verwundeten Reichstagsabgeordneten Dies wird aus Niederschell gemeldet, daß Dies sich jetzt außer Lebensgefahr befindet. Die Schüttwunde verheile gut und Dies gehe einer schnellen Genesung entgegen.

• • **Ausbreitung der Ruhrpocken in Thüringen.** Die vor mehreren Wochen in einigen Thüringer Kreisen ausgebrochene Ruhrpockenepidemie breite sich immer weiter aus. In dem weimarerischen Dorf Eisenort sind allein bisher 35 Personen gestorben. Sämtliche Schulen sind geschlossen. Die Regierung hat einschneidende Maßnahmen angeordnet, um die Epidemie zu bekämpfen.

• • **Gewalttame Gefangenenebefreiung in Hameln.** In Hameln waren vier Arbeiter wegen Landfriedensbruch verhaftet worden, weil sie bei einer Demonstration die schwarz-weiß-roten Fahnen von einem Lokal heruntergeholt hatten. Infolgedessen zog die Arbeiterschaft der größeren Betriebe durch die Stadt und beschloß die Arbeitgeber genottham auf dem Platzgängen.

• • **Hindenburg in Oldenburg.** Eine der wenigen erlaubten Regimentsfeiern fand in Oldenburg unter Teilnahme Hindenburgs statt. Schon vor der angekündigten Ankunft des Generalfeldmarschalls hatte sich eine große Menschenmenge vor dem Bahnhof versammelt. Als der Feldmarschall mit dem Sonderzug eintraf, wurde er unter Hochrufen von den Abordnungen des Vereins der ehemaligen Krieger und den verschiedenen Handwerkerinnungen begrüßt. Schülinder sangen patriotische Lieder. Der Generalfeldmarschall wurde im Rathaus von den niedersächsischen Kollegen empfangen. Der Besuch Hindenburgs fand aus Anlaß des Regimentsappells des 91. Infanterie-Regiments statt.

• • **Ein tödliches Automobilunglück.** Der Direktor der Niederbarnimer Siedlungsgesellschaft Straube, fuhr in Begleitung zweier Architekten von Berlin nach Niederschlema, um dort Siedlungsbauten zu besichtigen. Auf der Strecke zwischen Heinrichsdorf und Niederschlema überschlug sich. Während die beiden Insassen auf den weichen Unterboden neben der Landstraße unterleg zu liegen kamen, stürzte Director Straube so unglücklich, daß er auf dem Wege zum Krankenhaus seinen Verleihungen erlegen ist.

• • **Verständigung im Meuselwiger Streikrevier.** Im Kohlenarbeiterstreik des Meuselwiger Reviers ist es zu einer Verständigung gekommen, da der Obersteiger, der das Unglück am 28. Mai verschuldet haben soll, und dessen Entlassung von den Belegschaften gefordert worden war, auf seine Wiedereinstellung verzichtet hat.

## kleine Nachrichten.

• • **In Pleß explodierte unter starkem Feuer am Kriegerdenkmal eine Ladung Sprengstoff, das Denkmal selbst aber blieb unbeschädigt.**

• • **In der letzten Potsdamer Stadtverordnetensitzung wurden 5000 Mark für die Russenhilfe bewilligt. Der Magistrat Potsdam hat diesem Stadtverordnetenbeschuß nicht zugestimmt.**

• • **Die Verhandlungen über die Lohn erhöhungen in den oberschlesischen Großindustrie führen zu einer Einigung. Die neuen Lohnsätze gelten ab 1. September.**

• • **In Witten (Rhön) wurde dem Blätter Schumann, der zur Nachzeit die Obstbäume bewachte, von Dieben die Schädeldecke zertrümmert. Die Täter sind flüchtig.**

• • **Große Manöver der amerikanischen Truppen haben in der Eifel begonnen. Sie werden bis Ende Oktober dauern.**

• • **Die Berliner Weihnachtsmärkte konnten am Sonnabend infolge des Streiks nicht abgehalten werden.**

• • **Der für die Hamburg-Ulmeria-Linie erbaute Passagierdampfer „Bayern“, dessen Räume fast ausschließlich für die Religiösen dritten Klasse bestimmt sind, hat seine Reise nach New York angebrochen.**

• • **Im Woolwicher Arsenal in London erfolgte auf einer ungeklärten Ursache eine große Explosion, bei der ein Arbeiter getötet und zwei verletzt wurden.**

## Sport und Verkehr.

• • **Einstellung des Flugbetriebs Danzig — Stettin — Berlin.** Der auf der Strecke Danzig — Stettin — Berlin von der Danziger Luftpostgesellschaft ausgenommene Flugbetrieb hat wieder eingestellt werden müssen, da der Betrieb durch die in Danzig weilende Entente-Kommission nun nach sämtlichen Flugmotoren zerstört worden sind. Der Einspruch der Gesellschaft, daß dieses Gerät nicht der Verbeflichtung zur Zerstörung unterliege, war nutzlos. Die Gesellschaft hofft aber nach Klärung der Luftverkehrsfrage in Genf, wo gegenwärtig durch den Danziger Senatspräsidenten und den Oberkommissar des Volkerbundes auch hierüber verhandelt wird, den vollen Betrieb wieder aufzunehmen zu können.

• • **Der Bäderflugdienst.** Auf den stark in Anspruch genommenen Bäder-Fluglinien Hamburg-Westerland und Bremen — Wangerooge wird der Betrieb bis zum 30. September einschließlich fortgesetzt. Die Flugpost Hamburg-Westerland verkehrt in jeder Richtung nur noch einmal täglich. Am 1. Oktober verkehrt noch ein Flugzeug von Westerland nach Hamburg. Die Flugpost Kiel — Travemünde — Warnemünde — Scharhörn — Svinemünde wird erst mit Ablauf des 21. September aufgehoben. Am 22. September findet noch ein Flug Kiel — Travemünde — Warnemünde statt.

• • **Die Saalestalsperren.** Die Vorarbeiten für die großen Saalestalsperren sollen jetzt in Angriff genommen werden. In Aussicht genommen ist eine Talsperre bei Saalburg, eine bei Hohenwarte und eine kleine Ausgleichsperre unmittelbar unterhalb Hohenwarte mit einem Gesamtaufwandsvermögen von etwa 400 Millionen Kubikmeter. Die Anstauung wird bei den beiden großen Sperren etwa 25 Kilometer lang sein. Der eine Staudamm soll eine Höhe von 75 Meter, der andere von 65 Meter erhalten. Die Talsperren werden den doppelten Zufluß zu erfüllen haben: 1. wird das in wasserreicher Zeit für Seiten der Trockenheit angefaßte Wasser der Industrie und 2. der Saale-Schiffahrt dienstbar gemacht werden.

## Vereine und Versammlungen.

□ **Deutscher Statistikertag.** Die 30. Konferenz der deutschen Statistikertag wurde in Halle eröffnet. Das Hauptthema über die erste Volkszählung in Deutschland nach dem Kriege behandelte Prof. Schöbe-Chemnitz. Er führte aus, daß ursprünglich die Volks- und Berufszählung am 1. Dezember 1910 stattgefunden hätte.

Betriebszählung etwa sechs Monate später stattfinden sollte. Mit Rücksicht auf das unentschiedene Schicksal Oberschlesiens aber ist die ganze Zahlung etwa bis Mitte nächsten Jahres verschoben worden. Professor Schöbe teilte weiter mit, daß das Statistische Reichsamt den Plan habe, die erwerbstätige Bevölkerung grundsätzlich nach ihrer Betriebszugehörigkeit zu ordnen und in den Ordnungsbüchern nicht nur nach dem Beruf im engeren Sinne, sondern nach dem Betrieb zu fragen, in welchem dieser Beruf ausgeübt wird. Sehr zu begrüßen sei auch die Absicht des Statistischen Reichsamts, allen Volkszählungstabellen und berufsstatistischen Übersichten grundsätzlich die Wohnbevölkerung zugrunde zu legen.

■ **Nazifische Tarifverträge.** Der deutsche Arzttag in Karlsruhe hat bezüglich der Central-Tarifverträge mit den Hauptverbänden der Krankenkassen einen Beschluss gefasst, wonach er die Fortsetzung des Tarifabkommens mit den Kassenhauptverbänden billigt, aber, namentlich mit Rücksicht auf die sich steuernden wieder verschärfende allgemeine Steuerung, eine angemessene Erhöhung des laufenden Tariffs mit Wirkung ab 1. Juli 1921 verlangt. Mit den Unfall- und Berufsgenossenschaften, mit denen bisher eine allgemeine Gebührenvereinbarung überhaupt noch nicht bestanden hat, schweden zurzeit erstmals Tarifverhandlungen. Mit den privaten Unfallversicherungsgesellschaften sind solche Verhandlungen ebenfalls im Gange; die von den Gesellschaften angebotenen Gutachtenbüros wurden als zu niedrig einstimmig abgelehnt.

■ **42. Deutscher Arzttag.** Als Kulturtag zu dem in Karlsruhe stattfindenden deutschen Arzttag fand die Hauptversammlung des Wissenschaftlichen Verbundes der Ärzte Deutschlands, der eigentlichen Arzttgewerkschaft, statt. Einen Hauptberatungsgegenstand bildeten die gewerblichen Maßnahmen, die sich bei der nach dem Kriege stürmisch einzusetzenden Überfüllung des ärztlichen Berufes ergaben. Die Zahl der Niederkünfte neuer Ärzte ist seit dem Jahre 1919 erheblich größer als in allen vergangenen Jahren und wird angesichts der großen Zahl von Studierenden auch in den nächsten Jahren noch erheblich bleiben. Wie der Verbandsvorsitzende, Sanitätsrat Dr. Hartmann, Leipzig, ausführte, scheint es trotzdem möglich zu sein, auch diese neuen Ärzte noch unterzubringen, wenn eine planmäßige Verteilung auf Stadt und Land einsetzt, und wenn die Honorare dem derzeitigen Geldwert angepaßt werden. Schließlich ist es notwendig, daß überall die freie Arzttwahl eingeführt wird. Dem Antrag Hartmanns gemäß wurde der Rat des Arzttverbands beauftragt, Vorschläge auszuarbeiten, die sich auf eine Neuordnung der Organisation im Heilwesen beziehen. Der übrige Teil der Verhandlungen bezog sich auf innere Gewerkschaftsfragen.

## Soziales.

■ **Ein neues Reichswohnschlaf.** Die deutsche Reichsschule beabsichtigt, als Erfolg für das Waisenhaus in Bromberg, das an Polen gesunken ist, in Halle ein neues Reichswohnschlaf zu errichten.

■ **Die Besoldung des Mittelschullehrer in Preußen.** Die preußische Regierung hat mit dem Reichsfinanzministerium neue Verhandlungen über das neue preußische Mittelschullehrergesetz angeknüpft und sich geeignigt, dem Landtag den Vorschlag zu machen, ein neues Mittelschullehrer-Besoldungsgesetz vorzulegen. Danach erfolgt innerhalb der Gruppen 1 und 2 kein automatisches Aufrüsten, sondern die höheren Gehälter sind nur zu zahlen bei Besförderung in eine neue Stelle. Nur ein Drittel aller Lehrkräfte von Mittelschulen dürfen in Gruppe 2 (7600 bis 11 400 M.) geführt werden, Gruppe 2 entspricht der staatlichen Besoldungsgruppe 9. Statt 3 Stufen erhält Gruppe 2 jetzt 8 Stufen wie Gruppe 9 der Staatsbesoldungsgesetze.

■ In Genf ist eine Delegiertenversammlung der grossen Streikverstümmlten-Bünde zusammengetreten, auf der Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Österreich und Polen vertreten sind.

## Die preußische Grundsteuer.

**Belastung mit 10 v. h. des Einkommens des Grundstückes.**

Der Entwurf eines preußischen Gesetzes über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen, welcher die preußische Landesversammlung schon im letzten Winter beschäftigt hatte, aber nicht zur Verabschiedung gelangt war, ist von der Regierung von neuem bearbeitet und in abgeänderter Form jetzt zunächst dem Staatsrat vorgelegt worden.

Als Besteuerungegrundlage sieht der Entwurf die Wertermittelung nach dem preußischen Ergänzungsgesetz vor, die legitim für den Beurteilungsbereich 1917/19 im Jahre 1916–17 erfolgt ist, doch soll bei der neuen Steuer dem inzwischen infolge der Geldentwertung und Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse gestiegene Geldwert dieser „Realwerte“ wenigstens einigermaßen Rechnung getragen werden.

### Die Höhe der Steuer.

Der Entwurf sieht eine Belastung mit 10 vom Hundert des Einkommens der Grundstücks vor. Die Steuer soll deshalb (unter Annahme einer 4 prozentigen Verzinsung des Objekts) 4 vom Tausend des Wertes betragen. Berechnungen haben ergeben, daß bei dem städtischen Haushalt die Friedensmietten durch die neue Steuer mit etwa 10 v. h. belastet werden, während für den landwirtschaftlichen Besitz die Belastung durchschnittlich auf den Morgen 4,40 Mark, bei den am wenigsten ergiebigen Böden 2,80 Mark, bei den ertragreichsten 9,60 Mark ausmacht.

**Abwälzung der Steuer auf Mieter und Konsumanten.** Der bei der Ergänzungsteuer gestattete Abzug der Hypothekenschulden wird bei der neuen Steuer nicht zugelassen. Es muß daher damit gerechnet werden, daß der Eigentümer des Grundvermögens nicht immer in der Lage sein wird, die Steuer selbst zu tragen und sie auf die Schultern anderer abzuwälzen muß. Dabei ist in erster Linie an den städtischen Mietshausbesitz zu denken, welcher wegen der Auswanderung

noch bestehenden Beschränkung der Mietzinshöhe an einer den heutigen Verhältnissen entsprechenden Auszugsung seines Grundbesitzes gehindert ist. Auch der land- und forstwirtschaftliche Grundbesitz wird namentlich da, wo er noch verschuldet ist, nicht die Steuerlast zu seinen sonstigen Verbindlichkeiten unbedingt übernehmen können. Eine Abwälzung der Steuer auf die Mieter und auf die Konsumanten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird sich nicht vollständig umgehen lassen.

### Der Ertrag der Steuer

wird von der Regierung auf 948 Millionen Mark veranschlagt. Doch deckt dieses voraussichtliche Steuerauftreten den Fehlbetrag des Haushaltplanes für 1921 noch nicht einmal zur Hälfte. Die Deckung des übrigen Fehlbetrages erhofft man von einem erlösten Aufkommen aus den Reichstaxen, an denen gegenwärtig dem Voranschlag hat sich z. B. schon jetzt bei der Reichseinkommensteuer und der Umsatzsteuer ergeben.

## Volkswirtschaft.

■ **Die Neue Braunkohlenlager.** wurden im Kreise Kalbe erbohrt. Die Lager haben einen Umfang von über vier Gebirgskilometer. Die erbohrte Kohle soll von hoher Beschaffenheit sein. Der Kreis wird die Ausdeutung der Lager selbst in die Hand nehmen und hat bereits mit einer großen Elektrizitätsgesellschaft Verhandlungen über die Errichtung eines Kraftwerkes eingeleitet.

■ **Erhöhung der oberschlesischen Kohlenpreise.** Die Interalliierte Kommission hat die Erhöhung der oberschlesischen Kohlenpreise jetzt genehmigt. Die Erhöhung tritt sofort ein, und zwar für Hausbrand um 35 Mark, für Industriekohle je nach Sorte um 35 bis 20 Mark die Tonne, beides ohne Kohlensteuer. Der Staubkohlenpreis blieb unverändert.

■ **Ungeheure Preissteigerung auf dem Häutemarkt.** Bei der 24. Auktion des Allgemeinen Häuteverwertungsverbundes G. m. b. H. zu Berlin war die Nachfrage nach Kalbsköpfen dermaßen lebhaft, daß die Preise um 50 bis 100 v. h. anstiegen. Seit Aufhebung der Zwangswirtschaft für Häute und Leder hat die Branche auf allen in dieser Zeit stattgefundenen Auktionen eine derartige Preissteigerung noch nicht erlebt und es muß abgewartet werden, wie sich diese enormen Preiserhöhungen der Rohware in der Lederverarbeitenden Industrie auswirken werden. Nach Schaffellenn war die Nachfrage ebenfalls lebhaft, und die Preise zogen hier um etwa 20 Prozent an. Für das Berliner Gesäß wurden folgende Preise für das Pfund in Mark erzielt: Kalbsköpfle bis 9 Pfund ohne Kopf 30,60 (17,60), do. mit Kopf 30,00 bis 30,90 (14,50 bis 14,70), do. über 9 Pf. ohne Kopf 31,90 (18,55), do. mit Kopf 29,80–31,00 (17,80). Preise in Klammern sind die Preise der Vorauktion (9.–10. August).

■ **Nordische Messe in Kiel.** Im Kieler Rathausaal wurde die 1. Nordische Messe feierlich eröffnet. Das preußische Staatsministerium, preußische Staatsbehörden, der Oberpräsident, der Regierungspräsident, der Rektor der Universität waren vertreten. Man hoffte, durch die Messe das gewerbliche Leben in Schleswig-Holstein zu beleben. Es haben etwa 500 Aussteller gestellt. Die Zahl der bisher erschienenen Einläufer wird auf 3000 geschätzt.

## Lokales.

■ **Die neuen Beiträge zur Invalidenversicherung** betragen höchstens laut Gesetz über die anderweitige Festlegung der Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung ab 1. Oktober in

|                                    |         |
|------------------------------------|---------|
| Klasse A (bis zu 1 000 M.) . . . . | 3,50 M. |
| B ( " 3 000 " ) . . . .            | 4,50 "  |
| C ( " 5 000 " ) . . . .            | 5,50 "  |
| D ( " 7 000 " ) . . . .            | 6,50 "  |
| E ( " 9 000 " ) . . . .            | 7,50 "  |
| F ( " 12 000 " ) . . . .           | 9, "    |
| G ( " 15 000 " ) . . . .           | 10,50 " |
| H ( mehr als 15 000 " ) . . . .    | 12, "   |

■ **Wiedereinführung der staatlichen Rettungsmedaille?** Der preußische Minister des Innern teilt mit, daß er bis zu einer etwaigen Wiedereinführung der staatlichen Rettungsmedaille, die zurzeit erwogen wird, das Tragen des Abzeichens der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft für Rettung unter Lebensgefahr gestattet.

■ **Private Nebenanlagen.** Durch die neue Fernsprechordnung wird die Berechtigung der Teilnehmer, Nebenanlagen auf dem Grundstück ihrer Hauptstelle auch durch private Unternehmer herstellen zu lassen, dahin erweitert, daß künftig der Privatunternehmung auch die Herstellung von Nebenstellen auf anderen Grundstücken freigegeben wird. Diese Freigabe ist für die Teilnehmer deshalb vorteilhaft, weil dadurch die technische Gleisfähigkeit in der Gestaltung ihrer Nebenstellenanlagen besser gewahrt werden kann. Auch brauchen künftig für den Verkehr mit dem öffentlichen Nah- und für den Hausverkehr keine verschiedenen Apparate mehr aufgestellt werden. Diese Vereinfachung liegt im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse.

## Schiffsfauft.

Roman von Leopold Sturm.

(33. Fortsetzung)

Mühsam sah sich Max endlich und bemühte seine Berührung. „Auch ich freue mich, Ihnen wieder gegenüber treten zu können, gnädige Frau.“ sagte er. „Ich habe oft in diesen langen, furchtbaren Jahren gewünscht, wieder ein Lebenszeichen von Ihnen zu erhalten. Um so größer ist meine freudige Überraschung heute.“

Der Geheimrat, der zuerst auch verwundert war, nahm jetzt das Wort: „Die Herrschaften kennen sich also? Um so besser! Ich hoffe, Herr von Brandhaus, wir werden Sie sehr oft in meinem Hause sehen, denn es ist still und einfach bei mir geworden.“

Max drängte es fort. Außerdem war heute auf ihn

eingetrumpt. Er schätzte vor, er werde zu Hause von seinem Vater erwartet, um ihm die vorliegenden neuesten Nachrichten mitzutunnen.

„So wollen wir Sie denn heute nicht länger aufhalten,“ sagte der Geheimrat. „Und da Sie leider meiner Witte nicht entsprechen wollen, so wollen wir hoffen, daß sich morgen alles zum besten wenden möge.“

„Also auf baldiges Wiedersehen, Herr von Brandhaus,“ sagte die junge Frau. Er läßt ihre schlanken Finger und sie fühlte, wie heiß seine Lippen brannten.

„Ihr sehr alt Bekannt?“ fragte der Geheimrat, als Max gegangen war. „Schade, daß ich das nicht früher wußte. Es ist so etwas wie ein Stück Ideal ist, aber das macht nichts. Heute stellt er bei seiner großen Popularität in den Arbeiterskreisen eine Macht dar. Schade nur, daß er es ablehnt, diese gegen die drohende Revolution auszunützen.“

In Ernestines Augen zeigte sich ein schimmernder Glanz. Wachten die Kinder der Erinnerung jetzt stärker in ihr auf?

„Er ist ein durch und durch edler Charakter,“ sagte sie, „und opferwillig bis zum duersten. Kann er mit seiner Person nützen, so wird er sich nicht zurückhalten, wenn es darauf ankommt. Aber sich vorzudringen liegt ihm fern.“

„Es kommt schon jetzt darauf an,“ brummte der Geheimrat. „Du mußt mich für eine Stunde entschuldigen. Ernestine, ich habe mit meinen Freunden noch Absprache zu nehmen. Wenn ich wieder zurück bin, bitte ich, mir zu erzählen, wie du mit Herrn von Brandhaus bekannt geworden bist.“

Er machte sich eilig auf den Weg zur Stadt, und Ernestine blickte ihm lange, in Gedanken versunken, nach. War es Auffall oder Schicksal, daß er, gerade er ihren Weg von neuem kreuzte?

Als Max von Brandhaus im Schloßchen Notenbuch seiner Mutter gegenüberstand, war das erste Wort, das er an sie richtete, die Frage: „Mama, warum hast du mir nie etwas davon erzählt, daß in der Villa des Geheimräts Wendau eine junge Dame anwesend ist, die er seine Tochter nennt?“

Frau von Brandhaus war verwundert. „Aber Max, du hast niemals irgend welche Teilnahme für das Haus Wendau gezeigt, bist vielmehr allen Gesprächen darüber aus dem Wege gegangen. Da war es für mich doch selbstverständlich, daß ich davon schwieg.“

Er streichelte die Wangen seiner Mutter. „Bitte, Mama, daß ich mit solcher polternden Frage auf dich eindring. Aber ich erkannte in der jungen Dame eine Verwandte der Frau Major Hollweg wieder, bei der ich vor dem Kriege zuletzt in der Universitätsstadt wohnte. Wie kommt sie in das Haus des Geheimräts? Ein Geheimnis gibt es ja hier in Karlsruhe nicht.“

Frau von Brandhaus lächelte. „Nun, das ist doch wohl sehr einfach. Da sie sich Frau Ernestine Wendau nennt, so ist sie jedenfalls die Witwe des im Hause gesessenen einzigen Sohnes des Geheimräts.“

„Ja, ja,“ erwiderte Max hastig, „ich meinte auch, werdest du nicht, wann die Hochzeit des jungen Wendau stattgefunden hat?“

„Das kann ich dir nicht sagen,“ versetzte die Mutter. „Die junge Dame ist mir nicht bekannt, sie lebt überhaupt sehr zurückgezogen. Hier in Karlsruhe ist die Hochzeit nicht gefeiert worden. Aber was gibt es Neues, Max? Papa hat schon mehrere Male gefragt, ob du noch nicht aus der Stadt zurück sieest.“

„Leider nichts Gutes, Mama,“ antwortete er und erzählte, was ihm der Geheimrat mitgeteilt hatte.

„Was, Revolution hier in Karlsruhe?“ rief Frau von Brandhaus entsetzt aus. „Ich glaube gar, die Welt geht aus den Fugen. Es ist nur gut, daß du dich von diesen Angelegenheiten ferngehalten hast. Es geht doch auf Leben und Tod. Bleibe auch weiter allem Trubel fern. Ich bitte dich dringend. Ich hätte keine ruhige Stunde mehr, wenn ich dich in Gefahr wähle.“

„Sei ohne Sorge, Mama,“ tröstete er. „Zu Tingen, die mir fern liegen, werde ich mich ganz gewiß nicht hinreihen lassen, das habe ich schon dem Geheimrat Wendau gezeigt. Bedarf die Öffentlichkeit wirklich meiner Unterstützung, kann ich dem Allgemeinwohl nützen, so werde ich mich ihm nur nich entsziehen. Du darfst aber darauf trauen, daß ich immer an dich und den Papa denken werde.“

Es schien nicht, als ob die Mutter durch seine Zusicherung völlig beruhigt wäre.

Mitten in der Nacht wurde der alte Dienst in Notenbuch herausgeschleppt. Ein Unteroffizier aus dem Lazaret in der Stadt verlangte sofort den Herrn Dr. von Brandhaus zu sprechen.

„Ich weiß, daß der alte Herr stark ist,“ sagte der Soldat. „Deine Eltern haben ich an Ihr Fenster gesezt. Der Herr Doktor hat mir schon Bescheid gesetzt. Aber jetzt tut Eile not, laufen Sie, und wenn es im Hemde ist, der Herr Doktor wird es Ihnen nicht übel nehmen. Es ist allerhöchste Eisenbahn.“

Zehn Minuten später erschien Max von Brandhaus, bereits fertig zum Ausgehen angekleidet. Der Unteroffizier salutierte.

„Es ist soweit, Herr Doktor. In aller Morgenfrühe soll es losgehen. Es sind Abgesandte vom Revolutions-Komitee da, es soll ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet werden. Und in den Soldatenrat müssen Sie mit hinein, Herr Doktor, sonst geht alles drunter und darüber.“

„Leute, überlegt es Euch, denkt an die Folgen. Ihr habt doch über nichts zu klagen, denkt an Euren Eld.“

Die Stimme des Unteroffiziers war etwas unsicher, als er antwortete: „Die welche gekommen sind, sagen, der Kaiser hätte abgedankt. Und der Herzog hier soll noch heute abdanken. Die Regierung soll fort. Es ist schon alles verabredet.“

„Leute, seid Ihr denn alle toll geworden?“

„Was wollen wir denn allein machen, Herr Doktor, wenn der Kaiser nicht mehr da ist und überall in Deutschland die Republik ausgerufen werden soll? Aber wir bleiben ehrliche Soldaten und wollen darauf halten, daß alles in Ordnung abgeht. Da ist ein Trupp Kavallerie, die wollen zu ziehen, daß sie sich bei dieser Gelegenheit die Taschen füllen können. Darum müssen wir einen Soldatenrat bilden, und Sie, Herr Doktor, müssen uns lassen, was wir tun sollen. Sonst geht alles schief!“

**(Fortsetzung folgt.)**